

## 10 Globale Asymmetrien und ihre Folgen für die Humandifferenzierung

---

Im Anschluss an die Erörterung der zwei zentralen Regime der Humandifferenzierung erfolgt in diesem Abschnitt eine Konzentration auf die entscheidenden historischen und politischen Dimensionen ihrer Entstehung. Ziel ist es, ein vertieftes Verständnis für die Komplexität und die tief verwurzelten Mechanismen dieser Differenzierungssysteme zu erlangen. Ein besonderes Augenmerk gilt der Metaebene der Hierarchie-, Kontroll- und Ausbeutungsverhältnisse, die durch strategisch eingesetzte, neoliberal geprägte Semantiken der Indifferenz gekennzeichnet ist. Diese sind den jeweiligen Codierungslogiken immanent. Die Ursprünge beider Differenzierungssysteme lassen sich in den global verflochtenen Mustern von Ausbeutung und Expansion ausmachen, welche sowohl Menschen als auch Ressourcen betreffen. Eine eingehende Analyse der politischen Kontextualisierung von Humandifferenzierungspraktiken im 21. Jahrhundert, insbesondere im deutschen Kontext, erfordert daher eine sorgfältige Betrachtung der US-Hegemonie. Diese steht in zunehmender Konkurrenz zu anderen globalen Mächten, insbesondere zu China, Russland und der BRICS-Staatenkoalition, welche sich der Dominanz des US-Dollars widersetzen. Um die Tragweite und Effektivität der US-Dominanz zu verstehen, ist eine Reflexion über entscheidende historische und wirtschafts-politische Wendepunkte erforderlich. Diese haben nicht nur die globale politische Landschaft geprägt, sondern auch die diskutierten Regime der Humandifferenzierung signifikant beeinflusst. In diesem Kontext erweist sich das Erkennen und Analysieren der vielschichtigen und oft verborgenen Verbindungen zwischen geopolitischen Strategien, wirtschaftlichen Interessen und Humandifferenzierungspraktiken als entscheidend. Eine derartige, vertiefte Untersuchung eröffnet die Möglichkeit eines umfassenderen Verständnisses der zugrunde liegenden Strukturen und Dynamiken, welche Humandifferenzierungspraktiken antreiben und aufrechterhalten. Die Analyse der globalen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg offenbart im Zuge dessen drei miteinander verknüpfte Entwicklungen (Hardt and Negri 2001, 256), die maßgeblich die Lebensbedingungen einer wachsenden Anzahl von Menschen geprägt haben:

1. Im Zuge der umfangreichen Dekolonisationsprozesse bis in die 1970er-Jahre und ihrer Konsequenzen kennzeichnen Unabhängigkeitskriege fundamentale Veränderungen in globalen Machtverhältnissen und markieren den Übergang von direkter kolonialer Herrschaft zu neuen Formen globaler Einflussnahme, die sich in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Macht ausdrücken (vgl. Kapitel 10.1). Diese Dekolonisationsprozesse veranschaulichen die Nicht-Linearität und die Relationalität von Macht: Ehemals kolonisierte Staaten erlangten formale Souveränität, blieben aber oft in ein System globaler Abhängigkeiten eingebunden, das durch die Strukturen der nachkolonialen Weltordnung geprägt wurde. Die Weiterführung von Ungleichheiten und Abhängigkeiten durch wirtschaftliche und politische Einflüsse spiegelt die Komplexität der Machtbeziehungen in der postkolonialen Ära wider. Zudem wird die Bedeutung der diskursiven Macht ersichtlich, da der Prozess der Dekolonisation und seine Folgen durch globale Narrative und Identitäten geprägt wurden, die vielfach von ehemaligen Kolonialmächten und dominierenden wirtschaftlichen Interessen beeinflusst waren. Die Einbindung des Konzepts der doppelten Kontingenz in die Betrachtung dieser Prozesse verdeutlicht, wie Akteure und Systeme in einem ständigen Zustand gegenseitiger Unvorhersehbarkeit und Anpassung stehen, was die Dynamik und Komplexität der globalen Ordnung weiter erhöht. Das Zusammenspiel von Anpassung und Unvorhersehbarkeit unterstreicht die Nicht-Linearität der Entwicklung globaler Machtstrukturen und der damit verbundenen Humandifferenzierung. Die Analyse der Dekolonisationsprozesse im Kontext der Entwicklung einer neoliberalen Agenda und eines weltumspannenden Systems, das Bevölkerungen konditioniert und strukturiert, zeigt die Verflechtung von Macht und Herrschaft in der Gestaltung der globalen Ordnung auf. Das Verständnis dieser miteinander verknüpften Entwicklungen, die weltweit die Lebensbedingungen vieler Menschen beeinflussen, unterstreicht die tiefgreifenden Auswirkungen von Machtstrukturen auf die Humandifferenzierung und die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit den Mechanismen globaler Ungleichheit (vgl. Kapitel 10.3). Die Berücksichtigung von Nicht-Linearität liefert dabei entscheidende Einblicke in die zugrunde liegenden Strukturen und Dynamiken, die diese Prozesse antreiben und aufrechterhalten.
2. Die Einführung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik als machtbasierte Strategie betont die relationale Natur von Macht und Herrschaft und zeigt auf, wie Dynamiken funktionaler Differenzierung und autopoietische Systeme die globalen wirtschaftlichen Beziehungen beeinflussen. Diese Politik, die durch die Neustrukturierung globaler Produktionsketten und Arbeitsmärkte mittels der Ausnutzung kostengünstiger Arbeitskräfte in »unterentwickelten« Ländern und der Externalisierung ökologischer Kosten in die betreffenden Gebiete charakterisiert ist, demonstriert, wie ökonomische Systeme als selbstreproduzierende

Einheiten operieren und ihre Umwelt nach eigenen Logiken strukturieren. Die Ressourcensicherung, vor allem in Gestalt der Erdöl- und Dollarhegemonie (vgl. Kapitel 10.2), tritt als eine makrosoziale anthropologische Konstante hervor, die essenzielle systemische Bedürfnisse adressiert und die globale Wirtschaftsordnung wesentlich prägt. Die Kontrolle über strategische Ressourcen wie Erdöl stärkt nicht nur die ökonomische Macht bestimmter Akteure, sondern festigt auch die Vorherrschaft des US-Dollars als globales Steuerungsmedium (vgl. Kapitel 10.3). Dies illustriert die Verschmelzung wirtschaftlicher Steuerungsmechanismen mit geopolitischen Strategien zur Erhaltung und Verstärkung globaler Machtstrukturen. Ferner spiegelt die gezielte Gestaltung und Manipulation globaler Produktions- und Arbeitsmarktstrukturen im Rahmen der neoliberalen Agenda eine strategische Indifferenz der geopolitisch Privilegierten wider. Das systemische Verankern sozioökonomischer Ungleichheiten durch die Benachteiligung bestimmter Regionen und Bevölkerungsgruppen zeigt, wie wirtschaftliche Praktiken Machtbeziehungen formen und umgestalten. Dies betont die Dringlichkeit, die Steuerung und Regulation globaler Wirtschaftssysteme kritisch zu reflektieren.

3. Ein weltumspannendes System konditioniert und strukturiert Bevölkerungen gemäß dieser neoliberalen Agenda. Das *Schema der Indifferenz* (siehe Kap. 10.4) erweist sich als zentrales Element eines weltumspannenden Systems, welches unter einer neoliberalen Agenda Bevölkerungen konditioniert und Individuen sowie kollektive Identitäten prägt. Es erstreckt sich über ökonomische, politische, mediale und erzieherische Sphären und verdeutlicht die Verschiebung von Macht zu nicht-staatlichen, transnationalen Netzwerken. Durch die Fokussierung auf Konkurrenz und Individualismus wird eine neoliberale Logik verinnerlicht, die soziale Bindungen und kollektive Lösungsansätze schwächt. Die Legitimierung von Ressourcenkriegen veranschaulicht die Relevanz des Schemas in der Praxis. Es beeinflusst maßgeblich die Wahrnehmung und Bewertung von Konflikten sowie die diskursive Rechtfertigung von Ressourcenkriegen. Die Fokussierung auf Mechanismen und Kanäle der Wertevermittlung erlaubt eine kritische Reflexion über die Legitimationsgrundlagen dieser Konflikte sowie die Erfordernis, herrschende Narrative zu dekonstruieren und alternative Konfliktlösungen zu konzipieren.

Indem die Verbindung zwischen globalen Machtstrukturen und der Formung von Identitäten innerhalb der Humandifferenzierung in den Fokus gerückt wird, beleuchtet diese Analyse die Notwendigkeit, Differenzierungspraktiken im Lichte der sie umgebenden historischen, politischen und ökonomischen Bedingungen zu sehen. Diese Betrachtungsweise ermöglicht es, spezifische Aspekte, die entscheidend für die Entschlüsselung der Funktionsweisen von Macht und Herrschaft sind, eingehend zu untersuchen. Dabei wird die gegenseitige Beeinflussung globaler Ereignis-

nisse und individueller Erfahrungen hervorgehoben, um ein nuanciertes Verständnis der Dynamiken von Inklusion, Exklusion, Legitimation und Widerstand zu fördern.

## 10.1 Der Zusammenhang zwischen Dekolonisierungskriegen und US-Hegemonie

Der Zusammenhang zwischen den sogenannten Dekolonisierungskriegen nach 1945 und dem Aufstieg der US-Hegemonie ist eng mit einer tiefgreifenden Verschiebung globaler Machtstrukturen verknüpft. Diese Entwicklung markiert den Übergang von einem primär von Europa dominierten Ausbeutungssystem zu einem neoliberalen Regime der Differenz- und Weltordnung, das unter der Führung der Vereinigten Staaten steht und durch die Vorherrschaft des US-Dollars als globale Leitwährung charakterisiert ist. Diese Epoche kennzeichnet den Übergang von einem primordialen zu einem neoliberalen Regime der Differenzordnung. Die vergangenen fünf Jahrhunderte europäischer Geschichte sind geprägt durch Ausbeutung, Vernichtung und die daraus resultierende Verarmung eroberter Territorien. Dies hat zu tiefgreifenden Ungleichheiten zwischen den »entwickelt« bezeichneten Ländern des Westens und den »unterentwickelten« Ländern geführt, die oft pauschal als »Dritte Welt« etikettiert werden. Diese Ungleichheiten manifestieren sich nicht unmittelbar als direkte Konsequenzen jahrhundertelanger Invasionen und gewaltsamer Aneignung von Menschen, Ressourcen und Ideen. Es ist von entscheidender Bedeutung, sich der strategischen Bedeutung von Begriffen wie »entwickelt«, »unterentwickelt« und »Dritte Welt« im Kontext der Reflexion globaler Ausbeutungsregime bewusst zu sein. Die Einteilung in vermeintlich klar definierte Kategorien ist selbstredend eine stark vereinfachte, lineare Darstellung der komplexen Wirklichkeit und limitiert die Fähigkeit, die globalen Beziehungen angemessen zu erfassen. Die Begriffe »globaler Norden« und »globaler Süden« implizieren daran anknüpfend keine starren, monolithischen Blöcke, sondern weisen auf die bedeutsamen, multidimensionalen Unterschiede innerhalb dieser Kategorien hin. Wichtig ist die Erkenntnis, dass Staaten nicht wie Individuen agieren und das Handeln von Regierungen und multinationalen Konzernen auf der internationalen Bühne von komplexen Interaktionen und Unsicherheiten bestimmt ist. Staaten und andere systemrelevante Akteure bewegen sich in einem globalen System, das von Wechselbeziehungen und Rückkopplungsschleifen gekennzeichnet ist, wobei ihre Entscheidungen und Handlungen durch die Aktionen anderer Staaten und nicht-staatlicher Akteure beeinflusst werden.

In Diskussionen zu globalen Ausbeutungsmechanismen wird rasch offensichtlich, dass weltweit agierende Eliten weder territorial noch ethnisch, religiös oder national als homogen betrachtet oder stigmatisiert werden können. Dennoch

verdeutlicht die Konzeptualisierung eines neoliberalen Regimes der Differenzordnung, das eine daraus resultierende Hierarchisierung und Ausbeutung von Menschen nach sich zieht, unmissverständlich, dass die hegemonialen Strategien der Nachkriegswelt systematische Unterdrückung, Ausbeutung, Kriege und Genozide fördern. Diese Phänomene zeigen sich nun aber auf eine komplexere und teilweise verstecktere Weise als in der Vergangenheit. Die Muster und Praktiken der letzten Jahrhunderte, die primär auf Ausbeutung und Kapitalakkumulation zum Vorteil der Eliten ausgerichtet waren, haben ihre Formen und Durchsetzungsmethoden gewandelt. Die Diskussion um globale Ausbeutungsmechanismen und die durch ein neoliberales Regime der Differenzordnung bedingte Hierarchisierung und Ausbeutung von Menschen verweist auf eine tiefgreifende Transformation der Methoden und Strategien, die von weltweit agierenden Eliten angewendet werden. Diese Veränderungen in der Art und Weise, wie Macht und Kontrolle ausgeübt werden, setzen sich in den wirtschaftlichen Entscheidungen und Politiken fort, die in den auf die Dekolonisation folgenden Jahrzehnten auf internationaler Ebene umgesetzt wurden.

Ein markantes Beispiel für solche politischen Maßnahmen, die die Dynamik globaler Wirtschaftsbeziehungen weiter prägten und die Fortsetzung neoliberaler Ausbeutungsstrukturen darstellten, ist die Einführung der Strukturanpassungsprogramme (SAPs) im Jahr 1985 durch den »Baker-Plan«. Benannt nach dem damaligen US-Finanzminister James Baker während der Reagan-Administration, repräsentierte dieser Plan eine direkte Reaktion auf die Schuldenkrise der frühen 1980er-Jahre. Er war eine direkte Reaktion auf die Schuldenkrise der frühen 1980er-Jahre (Cahill and Konings 2017, 37). Diese Krise hatte die Finanzen vieler nunmehr als »Entwicklungsländer« bezeichneten Staaten stark belastet, die zuvor in den 1970er-Jahren dank des hohen Ölpreises und der daraus resultierenden Bargeldüberschüsse ölexportierender Länder leicht Zugang zu internationalen Krediten gefunden hatten. Die Kombination aus globaler Rezession und dem durch den *Volcker-Schock* verursachten Anstieg der globalen Zinssätze erschwerte jedoch die Rückzahlung dieser Kredite erheblich. Benannt nach Paul Volcker, dem damaligen Vorsitzenden der US-Zentralbank Federal Reserve, geht dies auf Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Inflation in den USA zurück, die zu dieser Zeit zweistellige Werte erreichte. Die signifikante Anhebung der Leitzinsen führte weltweit zu hohen Zinssätzen, stärkte den US-Dollar und verschärfte die Schuldenkrise in den »unterentwickelten« Ländern durch eine exorbitante Schuldenlast. Diese Entwicklung mündete in die Einführung der SAPs, die kritisch als Ausbeutung der Ressourcen des globalen Südens betrachtet werden. Von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds implementiert, verbanden die SAPs die Vergabe von Krediten an Länder des globalen Südens mit spezifischen Reformauflagen (Kellermann 2015, 139). Offiziell waren die entsprechenden Bedingungen darauf ausgerichtet, die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Länder zu

verbessern. Im Gegenzug für den Zugang zu weiteren Krediten und die Möglichkeit, bestehende Schulden zu tilgen, wurden von den betroffenen Staaten umfangreiche neoliberale Reformen gefordert (Chomsky 1999, 25). Das umfasste eine Vielzahl an Maßnahmen: Fiskalpolitisch zielten sie auf die Reduzierung staatlicher Ausgaben und die Steigerung der Einnahmen ab, um Haushaltsdefizite zu verringern. Als Rezept galten vornehmlich Kürzungen im öffentlichen Dienst, der Abbau von Subventionen und die Anpassung der Steuersätze. Monetär lag der Fokus auf der Währungsstabilisierung und Inflationskontrolle, meist durch eine restriktive Geldpolitik und Zinserhöhungen. Strukturell beabsichtigten die Reformen, die ökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen durch Deregulierung, Handelsliberalisierung, Privatisierung staatlicher Betriebe und die Schaffung eines investitionsfreundlichen Umfelds zu verändern. Sozialpolitische Maßnahmen in Form von Programmen gegen Armut und zur Stärkung sozialer Sicherungssysteme sollten die sozialen Auswirkungen dieser ökonomischen Umgestaltungen abfedern. James Baker, als Repräsentant der USA, die den größten Stimmenanteil im Vorstand des Internationalen Währungsfonds (IWF) hielten und zusammen mit anderen entwickelten kapitalistischen Staaten einen dominierenden Stimmenblock bildeten, vermittelte Kredite von privaten Finanziers, die durch den IWF verwaltet wurden (Chorev and Babb 2009, 471). Der Baker-Plan verlieh dem IWF somit eine neue Existenzberechtigung als Institution zur Durchsetzung einer neoliberalen Agenda in der globalen Südhemisphäre. Er lieferte die Vorlage für die an IWF-Kredite geknüpften Bedingungen für das nächste Jahrzehnt: Zwischen 1986 und 2000 genehmigte der IWF den Einsatz seiner Strukturanpassungs-Einrichtungen für 131 Programme in 50 Ländern (IMF 2014). Dies war ein Schlüsselfaktor beim Export des Neoliberalismus in den globalen Süden (Cahill and Konings 2017, 37).

Aus der vorliegenden Perspektive sind die Strukturanpassungsprogramme als Mechanismen zu verstehen, die die Interaktionen zwischen globalen Finanzinstitutionen und den Ländern des globalen Südens durch spezifische Kommunikations- und Entscheidungsprozesse strukturierten. Sie verkörpern das Prinzip der *strukturellen Kopplung* (vgl. Kapitel 2.2.7), bei der Verbindungen zwischen zwei oder mehr Systemen (hier die globalen Finanzinstitutionen und die nationalen Wirtschaftssysteme der Länder des globalen Südens) durch koordinierte Interaktionen hergestellt wird, was die jeweiligen Systeme beeinflusst und verändert. Die Bindung an Kreditvergabebedingungen verstärkte die Abhängigkeit der Länder des globalen Südens von globalen Finanzinstitutionen und generell vom globalen Norden und schränkte ihre autonome wirtschaftliche Entscheidungsfindung erheblich ein. Die Weltbank und der IWF übernahmen eine aktive Rolle in der Gestaltung der Wirtschaftspolitik in diesen Ländern und festigten ihre Position als Schlüsselakteure im globalen Wirtschaftssystem. Zugleich provozierte die Kritik an den Folgen der SAPs eine umfassende Auseinandersetzung mit ihrer Legitimität und den von ihnen verfolgten Politiken. Die Strukturanpassungsprogramme markierten den Beginn einer

umfassenden Implementierung neoliberaler Wirtschaftspolitiken in Entwicklungs- und Schwellenländern, um deren Wirtschaftskrisen zu begegnen. Geprägt von Privatisierung, Deregulierung und der Reduzierung staatlicher Ausgaben, ebneten sie den Weg für den *Washington Consensus* von 1989, eine Reihe von zehn Wirtschaftspolitikprinzipien, die als allgemeingültige Lösung für die Probleme der Weltwirtschaft angepriesen wurden. Dieser Konsens verstärkte die US-Hegemonie, indem er die globale Wirtschaftsordnung nach den Prinzipien des freien Marktes und der neoliberalen Ideologie umgestaltete. Seine Verbreitung unterstrich die Dominanz der Vereinigten Staaten in der Festlegung globaler wirtschaftspolitischer Richtlinien und festigte ihre Führungsrolle bei der Förderung einer weltweiten neoliberalen Agenda, die tiefgreifende Auswirkungen auf die globale Wirtschaftsstruktur hatte.

Der *Washington Consensus* basiert auf wirtschaftspolitischen Empfehlungen, die von zentralen Institutionen in Washington D.C., wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und dem US-Finanzministerium, gefördert wurden (Birdsall et al. 2010, 94; Kellermann 2015). Ursprünglich für lateinamerikanische Länder in den 1980er- und 1990er-Jahren während ihrer Schuldenkrisen konzipiert, erlangte er weltweite Anwendung in der Politik dieser Institutionen gegenüber Entwicklungsländern. Er umfasst zehn Kernprinzipien, darunter Fiskaldisziplin, Umstrukturierung öffentlicher Ausgaben, Steuerreformen, Liberalisierung der Zinssätze, Handelsliberalisierung, Privatisierung staatlicher Unternehmen, Deregulierung und rechtlichen Schutz des Eigentums, all das mit dem Ziel, wirtschaftliche Stabilisierung und Wachstum zu fördern (Vogl 2021, 13). Trotz seiner ursprünglichen Absicht, Wirtschaftswachstum zu stimulieren, wurde der *Washington Consensus* zunehmend für seine starke Betonung der Marktwirtschaft zulasten sozialer Aspekte kritisiert, da seine Umsetzung in vielen Fällen zu verstärkter Armut, sozialen Unruhen und einer Zunahme der Ungleichheit führte. Diese negativen Auswirkungen trugen wiederum zur Verstärkung der wirtschaftlich motivierten Migration bei. Der *Washington Consensus* und die mit ihm verbundenen Strukturanpassungsprogramme haben so zu den umfassenden Bedenken beigetragen, die mit neoliberalen Reformen und deren Einfluss auf Entwicklungsländer und Migrationsbewegungen einhergehen, indem sie ökonomische Effizienz über soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit stellen. Während explizite Herrschafts- und Humandifferenzierungsformen in vielen Weltregionen durch ein finanzialisiertes, aber nicht minder einflussreiches (Ausbeutungs-)System ersetzt worden sind, bleibt die Kapitalakkumulation das grundlegende Ziel für eine relativ kleine Gruppe Privilegierter. Ein wesentlicher Faktor für die Entstehung neoliberal codierter Praktiken ist der strategische und beharrliche Bezug auf sogenannte »westliche Werte«, die systematisch als universell überlegen und als Inbegriff des »Guten« dargestellt werden. Die Integration von Elementen aus früheren Ideologien, Normen und Wissensbeständen in das Paradigma dieser »westlichen Werte« hat die Entwicklung subtiler diskriminierender Handlungs-, Erfahrungs- und Denkmus-

ter begünstigt. Diese Muster bilden das Fundament des neoliberalen Regimes der Differenzordnung, das strukturelle Kopplungen zwischen den ökonomischen und politischen Eliten und dem globalen System herstellt. Durch die Codierung und Programmierung sozialer Strukturen und Prozesse benachteiligt dieses Regime systematisch bestimmte Bevölkerungsgruppen, während es simultan die Interessen der ökonomischen und politischen Elite schützt und fördert. Hinter der Fassade der Förderung von Freiheit und Demokratie verbirgt sich eine globale Ordnung, die auf ungleichen Machtverhältnissen basiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen sich die ehemals unterworfenen Gebiete und Bevölkerungen – die heute mehrheitlich die Herkunftsländer von Personen sind, die in deutschen Medien und in der deutschen Politik als »Flüchtlinge« oder »Migranten« bezeichnet werden – gezwungen, für ihre Befreiung von der langjährigen Herrschaft europäischer Mächte zu kämpfen. Die Unabhängigkeitskriege und -konflikte stellen eine zentrale Phase in der Geschichte des 20. Jahrhunderts dar, in der vormals versklavte und unterworfenen Menschen für ihre Unabhängigkeit und das Recht auf Selbstregierung kämpften; sie zielten darauf ab, die politische Selbstbestimmung und nationale Souveränität der betroffenen Länder wiederherzustellen. In zahlreichen Regionen Afrikas, Asiens und des Nahen Ostens führten diese Bestrebungen zu heftigen bewaffneten Auseinandersetzungen und Kriegen. Dabei standen lokale Kräfte den fest etablierten Machtstrukturen gegenüber, die über Jahrhunderte hinweg nicht nur ihre Territorien, sondern auch ihre wertvollen natürlichen Bodenschätze beherrscht hatten. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg führten die westlichen Demokratien weltweit zahlreiche Kriege, um ihre hegemoniale Stellung zu bewahren. Getrieben von ökonomischen und machtpolitischen Interessen, waren sie nicht bereit, ihre Einflussphären aufzugeben. Die USA unterstützten unabhängig gewordene Bevölkerungen und frisch geformte Nationen strategisch und vereinzelt, um ihre militärische Präsenz und Vormachtstellung zu stärken und diese Staaten im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion ins eigene Lager zu ziehen (Hardt und Negri 2001, 149). Das ging mit einer Rhetorik der Demokratie einher, auf die im weiteren Verlauf der Diskussion noch eingegangen wird. Die Prozesse der Dekolonisation und des rasch einsetzenden Neokolonialismus stellten bedeutende Barrieren für die Etablierung einer friedvollen, multilateralen Nachkriegsordnung dar (Palen 2024, 192). Die Ambition der »Entwicklungsländer«, den »Entwicklungsstand« des Westens zu erreichen, führte häufig zu Forderungen nach Sonderbehandlungen und protektionistischen Maßnahmen zum Schutz junger Industriezweige. Der zunehmende Zuspruch zu protektionistischen Politiken im Stile des amerikanischen Systems in den »Entwicklungsstaaten«, die als Abwehr gegen die latente Bedrohung durch westlichen Neokolonialismus eingeführt wurden, war nur schwer mit der westlichen Vision eines liberaleren, multilateralen Handels in Einklang zu bringen. Zusätzlich waren europäische Kolonialmächte zurückhaltend, ihren Kolonien formelle Unabhän-

gigkeit zu gewähren (Palen 2024, 192). Die wirtschaftliche Vorherrschaft und die militärische Repression wurden vielfach als zwei Seiten derselben Medaille wahrgenommen. Insbesondere in den 1950er- und 1960er-Jahren zielten die militärischen Maßnahmen und gewaltsamen Repressionsakte seitens der westlichen Nationen darauf ab, demokratische und nationalistische Bewegungen innerhalb der sich dekolonisierenden Welt zu unterbinden (ebd.).

Die Unabhängigkeitskriege nach dem Zweiten Weltkrieg mündeten zwar in die formale politische Unabhängigkeit, führten aber zu neuen wirtschaftspolitischen Abhängigkeiten. Die betroffenen Länder wurden auf vielfältige Weise neu unterworfen und alte Formen der Einflussnahme durch neue ersetzt. Die neuen wirtschaftlichen Strukturen waren auf die Interessen der europäischen Staaten ausgerichtet; angeführt von Großbritannien, Frankreich, Portugal, Spanien und den Niederlanden, sorgten sie für eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit, indem sie die diversifizierte Entwicklung der Volkswirtschaften in den jungen Nationen behinderten und sie in der Rolle als Rohstofflieferanten und billiges Arbeitskräftereservoir festhielten. In der Folge entwickelte sich eine Struktur der Ausbeutung, die tiefgreifende Auswirkungen auf die ökonomische, soziokulturelle und politische Landschaft der Gegenwart hat (Hardt and Negri 2001, 150). Für das Regime der Differenzordnung ist von entscheidender Bedeutung, dass das neoliberale Regime nicht nur eine gewisse Resilienz gegenüber den alten, primordialen Codierungen aufweist, sondern diesen mit einer Rhetorik »westlicher Werte« offen entgegentritt und allmählich auf der Basis der anhaltenden Ausbeutungsdynamiken zu florieren beginnt. Die Berufung auf »westliche Werte« dient der Etablierung einer moralischen Überlegenheit sowie der Stabilisierung einer globalisierten Ausbeutungsstruktur, welche sich nicht allein auf ökonomische, sondern ebenso auf soziokulturelle und politische Aspekte erstreckt. Die bestehende wirtschaftliche Dominanz weniger westlicher Demokratien kann nicht losgelöst von den Jahrhunderten unerbittlicher kolonialer Ausbeutung und deren Konsequenzen betrachtet werden. Diese Zusammenhänge werden in der Tat häufig ignoriert. Die fundamentalen Ungleichheiten zwischen hochindustrialisierten und ausgebeuteten Kontexten lassen sich jedoch als logische und unvermeidliche Folge der jahrhundertelangen Invasion und gewaltsamen Inbesitznahme von Menschen, Ressourcen und Ideen begreifen. Die wirtschaftliche Überlegenheit einiger westlicher Akteure ist nicht auf Kreativität oder Intelligenz, sondern auf die skrupellose und methodische Ausbeutung zurückzuführen. In den betroffenen Gesellschaften hinterließen sie ein Machtvakuum, das durch fehlende stabile Verfassungs- und Regierungsstrukturen gekennzeichnet war. Dies erleichterte die systematische Ausbeutung der ehemaligen Kolonien durch lokale Eliten und insbesondere durch kriminelle und gewalttätige Gruppierungen, die sich häufig religiöser Symbolik bedienen. Dies resultierte in einer Akkumulation von Reichtum im Globalen Norden und begünstigte Marktmanipulationen in Regionen, die über keine stabilen staatlichen Strukturen verfügten. Diese

Konstellation begünstigte die Übernahme einer Vorreiterrolle der Vereinigten Staaten bei globalen Reformen durch Modernisierung und Globalisierung. Im Gegensatz zum ehemaligen imperialen Großbritannien, das in seiner Kolonialgeschichte andere Territorien sowohl durch formelle als auch informelle Imperialismethoden kontrollierte, üben die Vereinigten Staaten ihre Macht hauptsächlich durch die globale Abhängigkeit vom US-Dollar aus (Go 2011, 56).

Diese Ausführungen verdeutlichen das system- und komplexitätstheoretische Verständnis von Humandifferenzierung, insbesondere die Auffassung komplexer *Hegemonien als emergente, autopoietische Phänomene netzwerkartiger Hierarchien* (vgl. Kap. 2.2.8). Hegemonie ist insofern *emergent*, da sie aus der Interaktion verschiedener menschlicher und nicht-menschlicher Komponenten hervorgeht (Joseph 2002, 39). Sie ist deshalb *emergent*, weil sie zwar auf die Handlungen ihrer einzelnen Komponenten zurückgeführt werden kann, dabei jedoch Eigenschaften entwickelt, die über die Summe dieser Teile hinausgehen und somit eine relative Autonomie bewahrt – das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile. Die Formen amerikanischer Hegemonie, die die Gegenwart prägen, sind also nicht ausschließlich das Ergebnis direkter Steuerung oder bewusster Handlungen einzelner Akteure, sondern das Ergebnis komplexer Interaktionen innerhalb eines soziopolitischen Systems. Diese Interaktionen schaffen eine übergeordnete Ordnung, die zwar teilweise auf die Handlungen ihrer Teile zurückgeführt werden kann, die aber eigenständige Eigenschaften entwickelt, die nicht vollständig durch diese Teile erklärt werden können. Hegemonien können in vielen verschiedenen Arten von Systemen realisiert werden, da es sich im Kern um eine relationale Form von Macht handelt (Williams 2020, 141). Das heißt, sie ist nicht an bestimmte Institutionen oder materielle Strukturen gebunden, sondern existiert und wirkt weitgehend unabhängig von Zeit und Ort in unterschiedlichen menschlichen Kontexten. Wenn man Hegemonie als etwas betrachtet, das in verschiedenen Systemen auf unterschiedliche Weise realisiert werden kann, erweitert dies Gramscis ursprüngliche Vorstellung. Bei Gramsci stand der Staat im Zentrum der Hegemonie, wobei er funktionale Bereiche wie die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft und den Staatsapparat klar voneinander unterschied (Gramsci 1971, 67). Der hier entwickelte Ansatz erweitert diese Vorstellung: Hegemonie wird nicht mehr nur als staatlich gelenkte Macht verstanden, sondern als eine flexiblere Form von Herrschaft, die in verschiedenen gesellschaftlichen Strukturen, durch unterschiedliche Akteure und auf mehreren Ebenen komplexer sozialer Systeme wirksam wird. Zugleich steht diese Auffassung im Einklang mit Gramscis Ansatz zur Macht, wie er in den »Gefängnisheften« dargelegt wird (Gramsci 1971, 107). Dort wird Macht als eine komplexe Ordnung beschrieben, die aus den Interaktionen heterogener sozialer Kräfte und Praktiken hervorgeht. Dies verdeutlicht, dass führende soziale Gruppen zwar verschiedene Methoden einsetzen können, um ihre Vorherrschaft zu sichern – etwa durch den Staatsapparat oder durch Hegemonie in bestimmten Bereichen der Zivilgesellschaft –, dass jedoch die

entstehende Ordnung in komplexen Gesellschaften nicht einfach das unmittelbare Ergebnis der Wünsche einer Elite ist. Herrschende Akteure – die »agents« (siehe Kap. 2.2.5) – sind in jedem ihrer Einflussbereiche darauf angewiesen, mit bestehenden gesellschaftlichen Tendenzen zu arbeiten und diese in neue Konfigurationen umzuwandeln, um eine umfassende Hegemonie zu etablieren, die ihren Zielen dient (Williams 2020, 140). Hegemonie ist also das Ergebnis eines Prozesses, in dem bestehende soziale Kräfte reorganisiert und in eine neue Ordnung integriert werden. Die Macht führender Akteure – von Individuen über elitäre Gruppen, Institutionen bis hin zu staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren – beruht daher nicht nur auf direkter Kontrolle, sondern auch auf ihrer Fähigkeit, verschiedene gesellschaftliche Strömungen so zu arrangieren, dass eine stabile und für sie vorteilhafte hegemoniale Ordnung entsteht (ebd., 141). Dies impliziert Unordnung und Instabilität in anderen Bereichen und Regionen, insbesondere in solchen, die über wertvolle und hegemonie-relevante Ressourcen verfügen. Hegemonie bringt somit nicht nur Stabilität für die herrschende Ordnung, sondern auch Konflikt und Ungleichheit in weniger privilegierten Kontexten. In diesem Sinne ist Hegemonie emergent, weil sie weitaus mehr ist als die Summe der individuellen Akteure und Kräfte, die sie konstituieren. Sie besitzt eine relative Autonomie, da sie selbstorganisierende Prozesse in Gang setzt, die bestimmte Machtverhältnisse stabilisieren, ohne dass eine zentrale Instanz diese vollständig steuert. Hegemonie wird durch selbstverstärkende Rückkopplungsprozesse gefestigt, was zu einer Art Pfadabhängigkeit führt: Die einmal etablierten Machtstrukturen haben die Fähigkeit, sich selbst zu erhalten und fortwährend zu reproduzieren.

Als Nächstes müssen wir betrachten, wie Hegemonie als emergentes Phänomen autopoietische Effekte hervorbringt. Als *autopoietisches Phänomen* beruht Hegemonie auf Mechanismen der Selbstreferentialität, Selbstorganisation und Selbst(re)produktion. Durch selbstverstärkende Rückkopplungsprozesse von sozialen Normen wird Hegemonie stabilisiert, was zu Pfadabhängigkeiten führt (Elder-Vass 2010, 122). Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Berichterstattung in den Mainstream-Medien: Eine Gruppe von Individuen, etwa das Personal einer Zeitungsredaktion, operiert innerhalb eines bestimmten organisatorischen Rahmens. Die Hegemonie bestimmter »Common-Sense«-Vorstellungen – also Ideen, die festlegen, was in der Zeitung geschrieben werden kann und was nicht – wird selten explizit vorgegeben. Vielmehr entsteht sie aus über die Zeit etablierten Normen, die sich aus den Interaktionen der Mitarbeitenden in einem kommerziellen, sozialen und politischen Umfeld entwickeln (Williams 2020, 143). Diese Normen üben einen starken Einfluss auf das Verhalten der Mitarbeitenden und die Zusammensetzung der Organisation aus. Konkret bedeutet dies, dass eine Journalistin, die ständig aggressive Kritik an Anzeigenkunden übt, entweder ihr Verhalten anpassen oder die Zeitung verlassen muss. Diese Dynamik illustriert eine Mischung aus Konsens und Zwang, die für hegemoniale Macht charakteristisch ist (Edwards and Cromwell 2006, 9). Ähnlich

verhält es sich bei geopolitischen Positionen, die immer wieder repetitiv vertreten werden. Die einseitigen Darstellungen von Konflikten, Kriegen und der Frage, wer Widerstand leistet und wer ein Recht auf Selbstverteidigung hat, sind weniger Ausdruck objektiver Berichterstattung als vielmehr das Ergebnis hegemonialer Perspektiven. Diese hegemonialen Konstellationen beeinflussen, welche Sichtweisen als legitim gelten. Aus einer systemisch-anthropologischen Perspektive lässt sich feststellen, dass eine vollständig objektive Berichterstattung aufgrund der in jeden Diskurs eingebetteten Machtverhältnisse schlichtweg nicht existieren kann. Medien agieren stets innerhalb hegemonialer Strukturen, die beeinflussen, welche Narrative als »legitim« oder »wahr« gelten. Diese Hegemonie prägt nicht nur, was berichtet wird, sondern auch, was verschwiegen oder verzerrt dargestellt wird. Ein Beispiel hierfür ist die Art und Weise, wie westliche Mainstream-Medien bestimmte geopolitische Ereignisse darstellen. Die US-Invasionen im Irak, in Afghanistan oder anderen Regionen werden oft nicht als solche bezeichnet. Stattdessen wird der Diskurs häufig um Begriffe wie »Intervention« oder »Befreiung« konstruiert, die die Gewalt und die geopolitischen Interessen der beteiligten Akteure verschleiern. Die hegemonialen Narrative stellen sicher, dass diese Einsätze als notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Frieden und Demokratie dargestellt werden, während die negativen Folgen – wie zivile Opfer oder die Destabilisierung ganzer Regionen – entweder marginalisiert oder als unvermeidbare »Kollateralschäden« relativiert werden. Gleichzeitig wird die Position der Alliierten des Hegemons – insbesondere der USA und ihrer Verbündeten im Nahen Osten – automatisch als legitim und moralisch gerechtfertigt präsentiert. Verbündete Staaten, die ebenfalls an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind oder aggressive Außenpolitik betreiben, werden oft weniger kritisch hinterfragt. Dies zeigt sich insbesondere in der einseitigen Berichterstattung über Konflikte in der Region, bei denen die Perspektiven der Alliierten des Hegemons als »die richtige« dargestellt werden, während Widerstandsbewegungen oder oppositionelle Akteure diskreditiert oder kriminalisiert werden. Wir werden im weiteren Verlauf des Kapitels auf diesen Punkt im Kontext der Schemata der Indifferenz zurückkommen. Dabei wird deutlich werden, wie diese Schemata nicht nur die Wahrnehmung von Konflikten, sondern auch die Art und Weise beeinflussen, wie bestimmte Akteure und Ereignisse in hegemonialen Diskursen bewusst ausgeblendet oder marginalisiert werden.

Das Prinzip der *Netzwerk-Hierarchien* (siehe Kapitel 2.2.8) rückt zwei zentrale Eigenschaften der komplexen Hegemonie in den Vordergrund: ihre Fähigkeit, gleichzeitig Prozesse zu ermöglichen und andere zu begrenzen, sowie ihre quasi-intentionale Natur, die trotz ihrer Stabilisierung flexibel auf soziale Kontingenzen reagieren kann (Williams 2020, 153). Im Kontext von Netzwerk-Hierarchien manifestiert sich Hegemonie als ein dynamisches Geflecht, das sowohl dezentralen Netzwerken als auch hierarchischen Strukturen Raum gibt. Hegemonie wird insofern als »Netzwerk-Hierarchie« verstanden, als sie einerseits durch dezentrale,

netzwerkartige Machtverhältnisse geprägt ist (wie etwa die neoliberale Steuerung durch Geld als Medium der Wertcodierung), andererseits jedoch auch durch zentralisierte, hierarchische Strukturen (Regierungen, Parlamente und staatliche Behörden). Durch selbstverstärkende Rückkopplungsprozesse wird Hegemonie stabilisiert, indem bestimmte Pfade sozialer Organisation bevorzugt und gleichzeitig alternative Entwicklungen blockiert werden. Netzwerke innerhalb dieser Hegemonie sind nicht statisch, sondern verstärken sich durch ihre Interaktionen mit hierarchischen Strukturen, wodurch Machtverhältnisse innerhalb der Netzwerke kontinuierlich gefestigt werden. Diese Rückkopplungsprozesse fördern eine selektive Selbstorganisation: Während sich einige Verhaltensweisen und Strukturen innerhalb der Netzwerke herausbilden und festigen, werden andere potenzielle Entwicklungen durch das System abgewehrt oder nicht unterstützt (Williams 2020, 81). Hegemonie als Netzwerk-Hierarchie agiert somit als adaptive Struktur, die Offenheit für bestimmte Veränderungen bewahrt, alternative Entwicklungen jedoch einschränkt, wenn sie die bestehende Machtordnung bedrohen könnten. Das Zusammenspiel von Netzwerken und Hierarchien erzeugt eine stabile, aber flexible Ordnung, in der Hegemonie nicht nur Macht ausübt, sondern auch die Rahmenbedingungen für soziale Entwicklungen vorgibt. Es bildet die hierarchischen Strukturen, die einerseits die Machtsteuerung zentralisieren, während andererseits die globalen Finanzmärkte als flexible, dezentrale Netzwerke agieren und gemeinsam eine *gelenkte Selbstorganisation* hervorbringen, die als zentrale Form der Steuerung komplexer Hegemonien dient (vgl. Kapitel 2.2.8). Dies verdeutlicht, wie hegemoniale Macht nicht allein durch direkte Kontrolle ausgeübt wird, sondern durch die gezielte Verstärkung bestimmter systemischer Prozesse innerhalb von Netzwerken und Hierarchien, wodurch das Gleichgewicht zwischen Stabilität und Flexibilität gewahrt bleibt. Das Prinzip der Netzwerk-Hierarchien im Rahmen der US-Hegemonie und der Dekolonisationskriege verdeutlicht sowohl in historischer als auch in aktueller Perspektive, dass Hegemonie als ein komplexes Geflecht aus dezentralen Netzwerken und hierarchischen Strukturen zu verstehen ist, welches global agiert und durch unterschiedliche Machtmechanismen stabilisiert wird. Diesbezüglich ist insbesondere die Verflechtung mit führenden Finanzinstitutionen und Banken von Relevanz. Die Maßnahmen zur Unterminierung anti-imperialer Bestrebungen in den Dekolonisationskriegen sowie zur Festigung der US-Hegemonie demonstrieren das Zusammenspiel dieser Elemente in exemplarischer Weise. Auch gegenwärtig manifestiert sich die US-Hegemonie nicht allein durch direkte militärische und diplomatische Maßnahmen, sondern insbesondere durch ein dichtes Netzwerk transnationaler Finanzinstitutionen wie der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie multinationaler Banken. Diese Institutionen fungieren weiterhin als zentrale Akteure in einem globalen Machtgeflecht, indem sie politische und wirtschaftliche Entscheidungen durch Kredite, Auflagen und wirtschaftliche Programme beeinflussen. Die Wech-

selwirkung zwischen diesen hierarchischen und netzwerkartigen Strukturen führt auch heute zu einem selbstverstärkenden Rückkopplungsmechanismus. Dabei agieren internationale Finanzinstitutionen als formelle Machtinstanzen, während die globalen Märkte und Banken auf lokaler Ebene weiterhin neoliberale Prinzipien durchsetzen. Auch gegenwärtig erschwert die Kopplung von Krediten an wirtschaftliche Auflagen die Etablierung alternativer Wirtschafts- und politischer Ordnungen außerhalb neoliberaler Rahmenbedingungen. In dieser Netzwerk-Hierarchie wird die globale Führungsrolle der USA nicht nur durch direkte Kontrolle, sondern insbesondere durch die Steuerung finanzieller Rahmenbedingungen und wirtschaftlicher Strukturen aufrechterhalten. Diese Mechanismen führen zu einer quasi-autopoietischen Reproduktion des neoliberalen Systems, in dem globale Finanzstrukturen die bestehenden Machtverhältnisse kontinuierlich festigen. Alternative Entwicklungen werden durch wirtschaftliche Isolierung oder finanzielle Abhängigkeiten unterbunden, wenn Staaten versuchen, sich der neoliberalen Ordnung zu entziehen. Die gegenwärtige globale Ordnung spiegelt somit die gleichen Dynamiken wider, die während der Dekolonisationskriege ihren Ursprung fanden: ein dichtes Zusammenspiel von Netzwerken und Hierarchien, das die Hegemonie der USA sichert und alternative Ansätze zur Machtverteilung behindert. Hegemoniale Macht ist somit nicht nur das Ergebnis des Zusammenspiels verschiedener Kräfte, sondern entfaltet eine eigene Kraft, die in den folgenden Kapiteln noch vertieft wird. Dies führt zu einem Verständnis von *komplexer Hegemonie*, das über das Zusammenspiel der Prozesse hinausgeht und ihre spezifischen kausalen Wirkungen innerhalb komplexer sozialer Systeme beleuchtet.

## 10.2 Dollar-Hegemonie und Europas »Entgegenkommen«

Die schrittweise Einführung neoliberaler Verhältnisse weltweit nach dem Zweiten Weltkrieg markierte eine Revision der traditionellen Akkumulationsstrategien. Charakteristisch waren die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die Beschäftigung prekärer Arbeitskräfte unter Bedingungen, die an Sklaverei erinnern, die Schaffung von Schuldenfallen sowie die Privatisierung von vormals öffentlichen Gütern und Dienstleistungen (Saidel 2023, 6). Der Neoliberalismus führte zu einer Erosion gesellschaftlicher Errungenschaften und Rechte, die über Generationen hinweg durch Klassenkämpfe errungen worden waren. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bereits 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Die schrittweise Einführung neoliberaler Verhältnisse, obwohl heterogen und durch eine Vielzahl unterschiedlicher Praktiken gekennzeichnet, realisierte dennoch die zuvor umrissenen Hauptmerkmale des Neoliberalismus (siehe Kapitel 9.3.1). Diese Vorgänge fanden nicht isoliert statt, sondern im Kontext globaler Institutionen,

die durch die Bretton-Woods-Abkommen geschaffen wurden. Das Bretton-Woods-System, benannt nach dem Ort eines entscheidenden Treffens im Jahr 1944 in New Hampshire, USA, war eine nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene internationale Währungs- und Finanzordnung. Es zielte darauf ab, durch die Einführung fester Wechselkurse, mit dem US-Dollar als Ankerwährung und dessen Bindung an Gold, Stabilität in die Weltwirtschaft zu bringen (Eckes 2021, 141). Das System zielte darauf ab, Schwankungen der Währungskurse zu verhindern, den internationalen Handel zu fördern sowie den Wiederaufbau und die Entwicklung der vom Krieg zerstörten und weniger entwickelten Länder zu unterstützen. Zur Überwachung und Förderung der genannten Ziele wurden zentrale Institutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank etabliert. Obschon diese Institutionen in einer Phase etabliert wurden, die vom Keynesianismus, der Wohlfahrtsstaatlichkeit und einer Entwicklungsorientierung geprägt war, vollzogen sie sukzessive eine Transformation ihrer Leitprinzipien hin zu einem global agierenden Neoliberalismus, der zunehmend dominierte. Im Anschluss an die Bretton-Woods-Konferenz erfolgte eine Bindung der Währungen aller Nationen an den US-Dollar, wobei ein festgelegter Kurs von 35 US-Dollar je Unze Gold galt. In der Konsequenz etablierte sich der Dollar als zentrale Reserve- und Leitwährung im globalen Finanzsystem, was einem modifizierten Goldstandard gleichkam, den Fachleute als »Gold-Devisen-Standard« bezeichnen (Middelkoop 2016, 76).

In der Zeit danach nutzten US-amerikanische Firmen ihren im Wert gestiegenen Dollar, um europäische Unternehmen aufzukaufen, während die Vereinigten Staaten beträchtliche Haushaltsdefizite ansammelten. Die zentrale Stellung des Dollars erlaubten es ihnen, Geld zu generieren, indem es einfach gedruckt wird. Während der 1960er-Jahre begannen die USA zunehmend Gebrauch von diesem Privileg zu machen, vor allem um die eskalierenden Kosten des Vietnamkrieges zu finanzieren (Cahill and Konings 2017, 43). Trotz internationaler Befürchtungen vor einer möglichen Abwertung des Dollars und des Versprechens der USA, die Defizite einzudämmen, wurden diese Beteuerungen angesichts der enormen finanziellen Belastung des Vietnamkriegs, die sich auf bis zu 100 Milliarden Dollar beliefen, immer unglaubwürdiger (Middelkoop 2016, 77). In der Konsequenz exportierten die USA große Mengen an Dollar, welche die Grundlage für die sogenannten »Eurodollar-Märkte« bildeten. Mit dem Schwinden der Wettbewerbsfähigkeit des amerikanischen, verarbeitenden Gewerbes wurde seitens des Auslands die Sinnhaftigkeit der Haltung von US-Dollar zunehmend in Frage gestellt, was zu einer verstärkten Umtauschbewegung gegen Gold führte (Cahill and Konings 2017, 44). Frankreich forderte Gold im Tausch gegen 150 Millionen Dollar seiner finanziellen Reserven und plante, weitere 150 Millionen Dollar umzutauschen. De Gaulle ließ sogar die französische Marine in die USA entsenden, um die Goldbarren zurück nach Hause zu bringen. Zahlreiche europäische Länder folgten diesem Vorbild, was dazu führte, dass die Goldreserven Deutschlands von null auf 3.500 Tonnen,

die Italiens von etwas über 220 auf 2.500 Tonnen, jene Frankreichs von fast 600 auf 3.100 Tonnen und die der Niederlande von 300 auf fast 1.700 Tonnen anstiegen. Anfang 1971 tauschte die Niederländische Zentralbank (DNB) erfolgreich fast eine Milliarde Dollar gegen Gold (Middelkoop 2016, 77). Zwischen 1959 und 1971 verloren die USA mehr als die Hälfte ihrer Goldreserven, die über 20.000 Tonnen umfassten. Wäre dieser Prozess in gleichem Maße fortgesetzt worden, hätten die USA es riskiert, innerhalb weniger Jahre ihren gesamten Goldbestand zu verlieren (ebd., 78). Auf Empfehlung seiner Berater verkündete schließlich Nixon am 15. August 1971 in einer Fernsehansprache, welche sogar die seinerzeit populärste Sendung, »Bonanza«, unterbrach, die Grundzüge seiner neuen Wirtschaftspolitik. Nixon setzte eine Reihe von radikalen Maßnahmen in Kraft, darunter die Einführung von sofortigen Lohn- und Preisregulierungen, die Einführung eines zehnpromzentigen Importzollaufschlags sowie die Aufhebung der Goldbindung des Dollars. Letztere Maßnahme war von entscheidender Bedeutung. Die letztgenannte Maßnahme, gemeinhin als »Schließung des Goldfensters« bezeichnet, kann als direkte Reaktion auf die schwindenden Goldreserven der USA interpretiert werden, welche zwischen 1959 und 1971 mehr als die Hälfte ihrer Bestände verloren hatten. Um eine vollständige Erschöpfung des Goldbestandes zu verhindern und die internationale Stellung des Dollars zu stabilisieren, wurde die direkte Konvertibilität des Dollars in Gold ausgesetzt. In der Konsequenz wurde der Dollar de facto vom Gold entkoppelt (ebd.). Seither basieren globale Währungen sowie die Prinzipien von Schulden und Krediten seit den 1970er-Jahren auf der unangefochtenen Dominanz des Dollars und stellen die strategisch wichtigsten Instrumente neoliberaler Governance dar. Mit dem Ende des Bretton-Woods-Systems im Jahr 1971 wurde die Verpflichtung zu festen Wechselkursen zum US-Dollar, der zuvor als Hauptwährung in einem festen Verhältnis zum Gold stand, für den internationalen Handel aufgehoben. Die Abkopplung der Währungen vom Goldstandard hat zur endgültigen Anerkennung der immateriellen Natur des Geldes und zur Variabilität seines Wertes geführt (Szews 2022, 204).

Nach der Währungskrise von 1971 entwickelten die USA unter Nixon und Kissinger eine Strategie zur Stärkung des Dollars. Die Loslösung vom Goldstandard vertiefte globale Machtstrukturen und sicherte die Kontrolle über weltweite Energiequellen. Diese finanzielle Dominanz ermöglichte es den USA, ihren Einfluss auf ölfreiche Länder auszudehnen und weltweit wirtschaftliche und politische Bedingungen zu diktieren. Durch die Bindung des Handels mit fossilen Energien an den Dollar wurde dessen Stabilität gesichert und die US-Dominanz weiter verstärkt. Die USA überzeugten Saudi-Arabien und schließlich alle OPEC-Mitglieder, ihr Erdöl ausschließlich gegen Dollar zu handeln. Die daraus resultierenden Petrodollars stärkten die US-Ökonomie durch Investitionen in Staatsanleihen, festigten die globale Vormachtstellung der USA und begründeten die *Dollar-Hegemonie*. Diese strategische Neuausrichtung sicherte den Zugang zu Ressourcen und beeinflusste geo-

politische Machtverhältnisse, vor allem in energiereichen Regionen. Die globale Abhängigkeit vom US-Dollar und von den wirtschaftspolitischen Entscheidungen der USA schuf eine neue Form wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit (Middelkoop 2016, 80). Insbesondere nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelang es den USA, der Welt mehr oder weniger die »Liberalisierung der Märkte« aufzuerlegen. Hatte der Kalte Krieg Amerikas militärische Macht und wirtschaftspolitische Hegemonie gerechtfertigt, dienten sie fortan als Grundlage für einen »Pakt« zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen kapitalistischen Staaten. Die USA gewährten Frieden und Sicherheit im Austausch für europäisches »Entgegenkommen« (Go 2011, 193). Im vorliegenden Kontext meint das die Bereitschaft europäischer kapitalistischer Staaten, die von den USA geförderte neoliberale Agenda, einschließlich der Liberalisierung der Märkte und der Deregulierung der Wirtschaft, nahezu bedingungslos in ihre Politiken zu implementieren. Europa nahm politische und ökonomische Richtlinien an, die den Interessen der USA entgegenkamen.

Diese Dynamik hatte weitreichende Auswirkungen auf die Humandifferenzierungspraktiken, da die durch die USA geförderte globale Ausbreitung des Neoliberalismus die sozioökonomischen Strukturen weltweit umgestaltete. Die aktive Befürwortung und Implementierung von Marktliberalisierung und Privatisierung führten zu einer deutlichen Zunahme sozialer Ungleichheiten und beeinflussten tiefgreifend die Art und Weise, wie soziale Kategorien und Identitäten geformt werden. Indem die neoliberalen Prinzipien wirtschaftlichen Erfolg und individuelle Leistung als zentrale Maßstäbe des sozialen und beruflichen Fortkommens herausstellten, trugen sie zu einer umfassenden Neubewertung dessen bei, was in Gesellschaften als wertvoll und verdienstvoll gilt. Diese Verschiebung hat nicht nur bestehende soziale Unterschiede und Hierarchien verstärkt, sondern auch neue Formen der Exklusion und Marginalisierung geschaffen. In diesem Prozess werden Menschen zunehmend nach ihrer ökonomischen Produktivität und ihrem Beitrag zum Markt bewertet; individuelle und kollektive Identitäten werden zunehmend in den Kontext von Marktfähigkeit und Wettbewerbsvorteil gestellt. Das begünstigt eine Gesellschaftsstruktur, die den Zugang zu Ressourcen, Bildung und Macht stark von den marktdefinierten Kriterien von Effizienz und Profitabilität abhängig macht. Soziale Gerechtigkeit und Gleichheit treten hinter das Primat des Marktes zurück, was zu einer Vertiefung der Kluft zwischen verschiedenen sozialen Gruppen führt und den sozialen Zusammenhalt untergräbt. Europas »Entgegenkommen« gegenüber den USA im Austausch für Sicherheitsgarantien erleichterte somit die globale Durchsetzung einer Wirtschaftsordnung, die teilweise bestehende Differenzierungen verfestigte, vor allem aber neue Formen der sozialen und ökonomischen Differenzierungsmuster, etwa im Zusammenhang mit Flucht und Migration, hervorbrachte. Schrittweise konnte sich so jenes System etablieren, das in diesem Buch als *neoliberales Regime der Differenzordnung* bezeichnet wird.

Es zeichnet sich dadurch aus, dass es Menschen nach Marktlogiken aussortiert, kontrolliert und hierarchisiert, und zwar in einem System der Schuldenökonomie. Dieser Aspekt ist daher wesentlich für die folgende Diskussion über Ausbeutungsverhältnisse, da aus dieser Perspektive die »militärischen Interventionen« der USA und ihrer Verbündeten darauf abzielten, den Kommunismus und somit Russlands Einfluss in verschiedenen Weltregionen zu bekämpfen und zugleich den Ölfluss aus den Golfstaaten in die westliche Welt zu sichern (Alzubairi 2019, 25).

### 10.3 Erdöl als Ressource hegemonialer Herrschaft

Im Folgenden wird die komplexe Geschichte der Erdölgewinnung im Nahen Osten skizziert, um die Bedeutung fossiler Brennstoffe, insbesondere des Erdöls, und dessen Rolle in der Gestaltung westlicher Gesellschaften sowie die systematische Ausblendung dieser Abhängigkeit im Rahmen der aktuellen Diskurse und Praktiken der Humandifferenzierung zu beleuchten. Seit mehr als 150 Jahren, insbesondere aber seit dem Zweiten Weltkrieg, hat Erdöl einen entscheidenden Einfluss auf den Alltag und die Wirtschaft in den westlichen Ländern genommen. Erdöl stellt die Grundlage für den Betrieb von Kraftfahrzeugen, Lastkraftwagen, Zügen, Schiffen und Flugzeugen dar, wobei auch der militärische Fuhrpark und die Verteidigungsinfrastruktur zu nennen sind. Darüber hinaus ist die Produktion von Kunststoffen sowie einer Vielzahl damit verbundener Produkte unmittelbar auf die Ölversorgung angewiesen. In der Konsequenz besteht eine tiefgreifende Abhängigkeit heutiger Gesellschaften von dieser Schlüsselressource. Selbst Industriezweige, die auf alternative Energien wie Biokraftstoffe, komprimiertes Erdgas oder Kernkraft setzen, sind für die Bereitstellung von Schmierstoffen und anderen essenziellen Komponenten auf Erdöl angewiesen. Die Allgegenwart erdölbasierter Produkte prägt nahezu alle Bereiche des täglichen Lebens und zeigt die weitreichende Bedeutung von Erdöl für die Entwicklung hochtechnologisierter Gesellschaften und deren Konsummuster. Seine Relevanz für Wirtschaft, Militär und Alltag macht deutlich, wie zentral Erdöl im Zusammenhang mit der US-Hegemonie und neoliberal kodierte Regimen steht. Die Kontrolle über Erdölressourcen hat sich folglich als makrosoziale und anthropologische Konstante etabliert, welche die Definition von Macht und Herrschaft in den internationalen Beziehungen beeinflusst. Diese Dynamik findet ihren Niederschlag in der Energiesicherungspolitik, die für Staaten nicht nur eine Frage der Wirtschaft, sondern auch ein zentrales Element nationaler Sicherheit und geopolitischer Strategie darstellt.

#### *Fallbeispiel Iran: Operation Ajax*

Die Anfänge des modernen Ölzeitalters im Nahen Osten gehen auf das Jahr 1908 zurück, als in dem damaligen Persien, dem heutigen Iran, umfangreiche Ölvorkommen entdeckt wurden (Colgan 2021, 61). Die Anglo-Persische Ölgesellschaft, die In-

itiatorin dieser Entdeckung, entwickelte sich im Laufe der Zeit zur British Petroleum. Die Ölindustrie wurde bis in die 1930er-Jahre von sieben maßgeblichen Ölunternehmen geprägt. Zwar fand sich darunter auch die französische *Compagnie française des pétroles* (CFP), heute als Total bekannt, der Weltmarkt wurde jedoch vornehmlich von anglo-amerikanischen Interessen dominiert. Diese Unternehmen kontrollierten gemeinschaftlich nahezu alle Explorations- und Förderrechte in den Regionen, die heute als Iran, Irak, Saudi-Arabien und die kleineren Golfstaaten bekannt sind (ebd.).

Der Erfolg des Öligopols beruhte maßgeblich auf der Einhaltung gegenseitiger Vereinbarungen durch die Konsortiumsmitglieder, welche durch rechtliche Verflechtungen untereinander gewährleistet wurde. In der Folge kam es zu einer schrittweisen Etablierung eines Netzwerks aus wechselseitigen Beteiligungen an zentralen Ölkonzessionen weltweit, insbesondere im Irak, in Saudi-Arabien und zu einem späteren Zeitpunkt im Iran. Zu den Unternehmen, die gemeinschaftliche Eigentümer der Iraq Petroleum Company waren, zählten unter anderem Exxon, Mobil, Shell, die Anglo-Iranische Ölgesellschaft (der Vorläufer von BP) sowie CFP (Colgan 2021, 62). Die Gesellschaft kontrollierte nahezu sämtliche Ölförderrechte im Irak. Vor der Etablierung der OPEC im Jahr 1960 setzten führende Ölkonzerne, unterstützt von den westlichen Mächten – insbesondere den USA, dem Vereinigten Königreich und Frankreich – die Agenda in der Ölindustrie. Diese Unternehmen stellten nicht nur Kapital und technisches Know-how für die Exploration, Förderung, Raffination und den Vertrieb von Erdöl bereit, sondern wiesen zudem eine enge Verflechtung mit ihren Heimatregierungen auf. Als Gegenleistung für die Nutzung der Ölquellen entrichteten sie an die Regierungen der ölproduzierenden Länder eine Kombination aus festen Konzessionsgebühren, Steuern auf Produktionsgewinne und Lizenzgebühren für jedes geförderte Barrel. Die hegemoniale Praxis, die auf einem Netzwerk wirtschaftlicher Macht und politischen Einflusses beruht, manifestierte sich in einem System, das unkooperative Erdölstaaten systematisch schwächte und deren Macht zersplitterte. Diese Politik wurde durch Sanktionen, bisweilen auch durch die Unterstützung eines Regierungsturzes und die Errichtung neuer Regime durchgesetzt. Ihr Ziel war die Bewahrung und Ausweitung der Kontrolle über die globalen Ölressourcen.

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen waren im Iran von 1951 bis 1953 besonders deutlich zu beobachten. Im Jahr 1951 führte der iranische Premierminister Dr. Mohammad Mossadegh eine Nationalisierung des Ölsektors des Landes durch und konfiszierte britische Vermögenswerte (Wight 2021, 16). Daraufhin verhängten die großen Ölkonzerne einen Wirtschaftsboykott gegen den Iran, der dessen Ölindustrie erheblich schädigte. Die britische Regierung unter Winston Churchill, empört über Mossadeghs Nationalisierung der hauptsächlich unter britischer Kontrolle stehenden Ölvermögen im Iran, strebte daraufhin seinen Sturz an (Israeli 2020, 154). Die Initiative, die demokratische Regierung des Irans zu entmachten,

wurde durch den britischen Geheimdienst SIS/MI6 initiiert (Sachs 2018, 83). Die politischen Veränderungen in Washington wurden von London geschickt genutzt, um die USA von der wachsenden kommunistischen Bedrohung im Iran sowie der strategischen Wichtigkeit zu überzeugen, den Zugang zu den reichhaltigen iranischen Ölreserven für den Westen zu sichern (Colgan 2021, 62). Die britische Entschlossenheit, die Regierung in Teheran zu stürzen, basierte maßgeblich auf den erheblichen Gewinnmöglichkeiten, die das iranische Öl bot. In seinen Ausführungen stellte Churchill das Öl als einen außergewöhnlichen Schatz dar, der die kühnsten Erwartungen übertreffe. Großbritannien besaß damals 50 Prozent der Anglo-Iranischen Ölgesellschaft (AIOC). In den Jahren 1949–1950 generierte die Gesellschaft Steuererträge in Höhe von 24 Millionen Pfund für das britische Schatzamt sowie zusätzliche 92 Millionen Pfund in Fremdwährungen (Israeli 2020, 155). Des Weiteren deckte sie 85 Prozent des Treibstoffbedarfs der britischen Marine. Von entscheidender Bedeutung war, dass es der britischen Regierung gelang, die Unterstützung des Weißen Hauses zu gewinnen. Dazu wusste sie die Bedenken des Weißen Hauses geschickt zu nutzen. Die Sorge vor einer kommunistischen Machtübernahme im Iran sowie die Dringlichkeit, die Ölreserven zu schützen, führten letztlich dazu, dass sich die Regierung in Washington zum Eingreifen entschloss (ebd.). Für die USA hatte die Sicherung der Finanzströme eine hohe Priorität. Diese waren für die Etablierung der USA als globale Supermacht sowie zur Untermauerung der Doktrin des amerikanischen Exzeptionalismus von entscheidender Bedeutung. Das US-Militär, die amerikanische Wirtschaft sowie deren Verbündete waren auf den Bezug großer Mengen an preiswertem Öl angewiesen. Im Zeitraum von 1949 bis 1970 verzeichnete der Ölverbrauch in den USA einen Anstieg um 180 Prozent, während der Verbrauch in Westeuropa um 1.350 Prozent zunahm. In Japan stieg der Ölverbrauch von einigen tausend Barrel pro Tag auf 4,4 Millionen Barrel pro Tag. Das rasche Wachstum des Ölverbrauchs stellte einen wesentlichen Faktor bei der ökonomischen Erholung der westlichen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg dar (Wight 2021, 15). Der damit einhergehende Energiehunger führte zu geopolitischen Maßnahmen, welche die Sicherstellung des Ölzugangs, insbesondere im Nahen Osten, zum Ziel hatten. Häufig wurde der Vorwand einer Abwehr kommunistischer Bedrohungen genutzt, um ein System zu bewahren, das westlichen Ländern den Zugang zu Öl zu niedrigen Preisen sicherte. Diese Politik begünstigte das Wirtschaftswachstum im Westen, führte jedoch zu einer Zementierung von Ungleichheiten und förderte langfristig Konflikte in den Ölstaaten. Deren Reichtum diente externen Interessen, während die eigene Bevölkerung oft benachteiligt wurde. Öl stellte das größte international gehandelte Gut in Bezug auf Wert und Volumen dar. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Großteil des international gehandelten Öls (und generell der Exporte) in US-Dollar verkauft, was eine Verknüpfung des Werts von Öl und Dollar zur Folge hatte. Dies war der Grund, warum die meisten Einnahmen in Form von

Petrodollars und nicht in einer anderen Petro-Währung generiert wurden (Wight 2021, 15). Im Jahr 1953 initiierten die Regierungen, in deren Ländern die führenden Ölkonzerne ansässig waren, verdeckte Operationen, um zusätzliche Sanktionen gegen den Iran durchzusetzen. Die Operation Ajax resultierte letztlich im Sturz Mossadeghs sowie der Rückkehr des Schahs an die politische Macht. Die Herrschaft des Schahs im Iran begünstigte durch die Vertiefung der Beziehungen zu westlichen Staaten, insbesondere den USA, ausländische Direktinvestitionen, vorrangig im Energiesektor. Dabei zeigte sich die Regierung gegenüber den Interessen der britischen und westlichen Ölkonzerne aufgeschlossener. Diese Prinzipien spiegelten sich in einer Förderung des freien Marktes und internationaler Kapitalströme wider. Der durch Unterdrückung der politischen Opposition und Einschränkungen der Arbeitnehmerrechte charakterisierte autoritäre Regierungsstil korrespondierte mit den neoliberalen Tendenzen zur Schwächung von Gewerkschaften und zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Des Weiteren resultierte die Politik des Schahs in einer Akkumulation von Macht und Reichtum bei einer Elite, was für eine neoliberale Wirtschaftspolitik ebenfalls typisch ist und vielfach zu einer Verstärkung der Ungleichheit führt. Mit der Machtübernahme wurde der Grundstein für eine Wirtschaft gelegt, die für neoliberale Reformen, insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftsöffnung und -liberalisierung, empfänglich war.

Der Sturz Mossadeghs kann als entscheidender Wendepunkt bezeichnet werden, der nicht nur die geopolitische Landschaft des Nahen Ostens bis heute nachhaltig veränderte, sondern auch die Rolle externer Mächte in der Gestaltung der politischen Ordnung der ölreichen Nationen unterstrich. Die gemeinsame Einflussnahme westlicher Regierungen und multinationaler Ölkartelle auf die politische Führung souveräner Staaten demonstrierte deren Entschlossenheit, ökonomische Interessen um jeden Preis zu schützen und zu fördern. Diese Praktiken führten zu einer Atmosphäre des Hasses, der Verzweiflung und der Ressentiments, welche das Aufkommen und die Stärkung fundamentalistischer Bewegungen und mafïöser Strukturen begünstigten. Letztere entwickelten sich als direkte Reaktion auf die Handlungen westlicher Akteure, die ihrerseits vielerorts als Ausdruck mafïöser Strukturen und brutaler Machtpolitik wahrgenommen wurden. Nach dem Putsch im Iran war sich den Regierungen der ölproduzierenden Länder das Risiko einer Bestrafung bewusst. Gleichwohl kam es in den darauffolgenden Jahrzehnten zu aggressiven Infiltrationen und Übernahmen fossiler Energiequellen und Infrastrukturen. Diese Handlungen waren in erster Linie an den Interessen der USA und ihrer Verbündeten ausgerichtet. Als Beispiel kann die Unterstützung der Mujahedin in den 1980er-Jahren angeführt werden, aus deren Reihen später die Taliban hervorgingen. In den 1990er-Jahren wurde diese Gruppierung von den USA unterstützt, wobei das Ziel darin bestand, Kontrolle über Pipelinerouten für das Öl Zentralasiens zu erlangen. Die Analyse der geopolitischen Manöver sowie der Einflussnahme der USA offenbart ein übergeordnetes Muster internationaler

Machtkonstellationen, die vorliegend als »komplexe Hegemonie« konzeptualisiert werden (siehe u.a. Kapitel 10.2). Die genannten »Interventionen« sind folglich im Kontext des Great Power Game zu betrachten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich dieses geopolitische Szenario im 21. Jahrhundert nicht mehr auf die westlichen Großmächte und Russland beschränkt, sondern auch neue Akteure wie China und Indien umfasst. Diese Entwicklung veranschaulicht die Komplexität globaler Herrschaftsstrukturen und Ressourcenkontrolle, wie sie in der vorliegenden Perspektive auf Herrschaft als zentral erachtet wird, und demonstriert, wie die Kontrolle über kritische Ressourcen wie Erdöl weiterhin ein zentrales Element in der Strategie der Machtsicherung bleibt. Die Analyse der intensiven Ausbeutung von Erdölreserven durch dominante globale Akteure verdeutlicht, dass der Neoliberalismus mehr ist als ein rein ökonomisches Konzept. Er umfasst ein Spektrum an Vorgehensweisen, welche darauf abzielen, politische Strukturen seit dem Zweiten Weltkrieg zu fragmentieren, um sie anschließend in ein Netzwerk »freier Märkte« einzubinden, welches de facto unter der Kontrolle von Ölkartellen steht. Die Strategien der Marktliberalisierung und staatlichen Privatisierung wurden in Kooperation zwischen staatlichen Instanzen und Ölkonzernen implementiert, was zu signifikanten Gewinnen führte. Sogenannte »Regimewechsel«, sei es durch aggressive und offensichtliche Maßnahmen oder durch subtilere Methoden, stellen ein zentrales Element der hegemonialen Politik von Supermächten wie den Vereinigten Staaten dar (Wight 2021; Feldman 2011; Raheb 2021).

Zunächst ist ersichtlich, dass der beschriebene Staatsstreich als eine Form der Systemstörung interpretiert werden kann. Hierbei intervenierten externe Akteure gezielt, um das iranische politische System so umzustrukturieren, dass es kompatible Outputs für ihre eigenen Systemanforderungen lieferte. Im Rahmen der Analyse der hegemonialen Ressourcensicherung, insbesondere des Erdöls, manifestiert sich jedoch darüber hinaus sehr deutlich das Prinzip der doppelten Kontingenz (siehe Kapitel 2.2.6). Die »Operation Ajax« verdeutlicht, dass die USA und Großbritannien ihre Handlungen auf der Grundlage antizipierter Reaktionen des iranischen Regimes und anderer internationaler Akteure, insbesondere der Sowjetunion, abgestimmt haben. Die Nationalisierung der Ölindustrie durch das iranische Regime unter Mossadegh stellte eine erhebliche Bedrohung für die Interessen der westlichen Mächte dar und führte zu einer erheblichen Unsicherheit in den internationalen Beziehungen. Die Reaktion der USA und Großbritanniens – ein verdeckter Putsch – kann als direkte Konsequenz der antizipierten Bedrohung ihrer ökonomischen und strategischen Interessen in der Region betrachtet werden. Andererseits hatte das Mossadegh-Regime ebenfalls Handlungen vorgenommen, die auf der Annahme basierten, dass eine nationalisierte Ölindustrie den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Iran dienen würde. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Intensität der Gegenreaktionen der Westmächte möglicherweise nicht vollständig antizipiert wurde. Die Entscheidung zur Nationalisierung lässt sich ebenfalls durch

das Konzept der doppelten Kontingenz erklären. Dabei richtete die iranische Regierung ihre Maßnahmen insbesondere an den erwarteten Reaktionen anderer Staaten, insbesondere der USA und Großbritanniens, aus. Deren entschiedene Reaktionen wurden jedoch möglicherweise unterschätzt. Die gegenseitige strategische Anpassung sowie das Kalkül der involvierten Staaten verdeutlichen die Komplexität der doppelten Kontingenz in geopolitischen Kontexten. Die »Operation Ajax« zeigt, wie internationale Beziehungen und Entscheidungen häufig von einer wechselseitigen Erwartungshaltung geprägt sind und von Versuchen gekennzeichnet sind, die Handlungen anderer Akteure vorausszusehen und darauf zu reagieren, um eigene strategische Ziele zu erreichen. In derartigen Kontexten sind die Handlungen eines Staates niemals als isoliert zu betrachten, sondern stets im Rahmen eines globalen Interaktionsnetzwerks zu analysieren. Die Ausführungen veranschaulichen zudem, wie *trivialisierende Interventionen*, die komplexe Systeme und Probleme übermäßig vereinfachen und dadurch deren Vielschichtigkeit und Dynamik unterschätzen, langfristig nicht nur den gewünschten Outcome verfehlen, sondern zu vollkommen unerwarteten Ereignissen führen können. Im Fall des Sturzes der Demokratie im Iran resultierte dies kurzfristig in der Machtübernahme durch den installierten Schah, welcher jedoch von einem weit mächtigeren Netzwerk der Ayatollahs abgelöst wurde. Diese Gruppe hat sich mittlerweile zu einer Hegemonialmacht entwickelt, bewaffnet mit einem beeindruckenden Arsenal, das hochentwickelte Raketen, Drohnen und weitere fortschrittliche militärische Ausrüstungen umfasst.

Die Diskussion um Ressourcensicherung und imperiale Dynamiken, oft ohne die Berücksichtigung moralischer Aspekte geführt, verdeutlicht die Bedeutung des Beobachters bei Beobachtungen zweiter Ordnung – in diesem Fall meine eigene Rolle als Autor, der seine Interpretation des Weltgeschehens darlegt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Wahrnehmung und Interpretation von Ereignissen durch den Beobachter von dessen Perspektive und den damit verbundenen Werten geprägt ist. Diese Auseinandersetzung reflektiert ein Prinzip der zweiten Ordnung, bei dem die subjektive Perspektive und die damit verbundenen Werte eine zentrale Rolle einnehmen. Das bewusste Auslassen moralischer Überlegungen kann zu einer scheinbaren Neutralität führen, die in der Realität jedoch oft nicht gegeben ist. Die Verflechtung von Macht, Kontrolle und Unterdrückung, die mit Ressourcensicherung und dem Aufbau von Imperien einhergeht, wirft tiefgreifende moralische Fragen auf, die einer Beantwortung bedürfen. Ein vertieftes Verständnis dieser geopolitischen Strategien und ihrer Implikationen erfordert eine hohe Ambiguitätstoleranz. Dies impliziert die Notwendigkeit, die Kompetenz zu erlangen, mit den Divergenzen und Inkonsistenzen umzugehen, die zwischen den offiziellen Selbstdarstellungen von Staaten oder Organisationen und ihren tatsächlichen Handlungen häufig bestehen. Dies erfordert von mir als Autor, nicht nur die sichtbaren Ereignisse und deren offizielle Darstellungen zu analysieren, sondern auch die zugrunde liegenden Annahmen und verborgenen Motivationen einer kritischen Betrachtung.

tung zu unterziehen. Es ist unerlässlich, sich mit den moralischen Konsequenzen politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen auseinanderzusetzen und zu reflektieren, wie diese Entscheidungen die globale Ordnung prägen und rechtfertigen. Seit der »Übernahme des Imperiums« nach dem Zweiten Weltkrieg sind die Vereinigten Staaten in anhaltende und teilweise sich ausweitende Konflikte im Nahen Osten und Nordafrika involviert, welche die Sicherung fossiler Energiequellen zum Ziel haben. Eine Analyse der politischen Geschichte zahlreicher erdölreicher Länder nach 1950 zeigt, dass die Vereinigten Staaten in Intrigen, Kriege und von der CIA geführte Staatsstriche und militärische Umstürze involviert waren. Damit setzen sie eine Politik fort, die in früheren Jahrzehnten von Großbritannien und Frankreich angewandt wurde. Die sogenannte Fragmentierung staatlicher Systeme kann folglich als Euphemismus für eine umfassende Desintegration und Zerstörung bestehender Strukturen betrachtet werden. In der vorliegenden Konstellation manifestiert sie sich als zentraler Ausdruck des neoliberal codierten Regimes der Differenzordnungen. Es ist von untergeordneter Bedeutung, ob demokratische oder autoritäre Strukturen beseitigt werden. Die jeweiligen Regierungen sind gezwungen, sich der vorgegebenen Agenda anzupassen, um existenzbedrohende Sanktionen und Angriffe zu vermeiden. Obgleich die Hegemonie der Vereinigten Staaten von Amerika seit den 2000er-Jahren an Einfluss verliert und von weiteren hegemonialen Mächten herausgefordert wird, bleibt die hier beschriebene Realität bestehen, wenngleich die gegenwärtigen geopolitischen Konstellationen eine weitaus höhere Komplexität aufweisen als in vergangenen Jahrzehnten. Die Kontrolle über Erdölressourcen in geopolitisch sensiblen Regionen hat nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Landschaft weltweit tiefgreifend geprägt. Die Relevanz der Energiesicherheit lässt sich seit dem Neolithikum als durchgängiges Merkmal jeder Hochkultur und jedes Imperiums ausmachen. Sie stellt eine makrosoziale anthropologische Konstante dar, welche verdeutlicht, dass der Zugang zu kritischen Ressourcen für hegemoniale Strategien unabdingbar ist, unabhängig von den herrschenden politischen Systemen oder Ideologien. Die Geschichte der Erdölextraktion und -kontrolle durch externe Mächte demonstriert die unauflösliche Verflechtung von Ressourcen, Macht und Herrschaft, welche das globale politische und wirtschaftliche System bis heute prägt. Diese makrosoziale anthropologische Konstante verdeutlicht, dass die Sicherung von Ressourcen stets mit einer Form der Ausbeutung verbunden war. Dies führte zur Herausbildung unterschiedlicher Formen und Modi der Humandifferenzierung und hatte maßgeblichen Einfluss auf die globalen politischen sowie sozialen Strukturen. Diese Dynamik wird auch zukünftige geopolitische Entwicklungen weiterhin entscheidend prägen. Die vorangehend dargestellten geopolitischen Überlegungen sind exemplarisch für die Dynamiken der makrosozialen anthropologischen Konstante der Ressourcensicherung und der damit einhergehenden Politiken und Ausbeutungsmechanismen. Sie stehen hier stellvertretend für ein breites Spektrum an Kriegen und Konflikten, wobei kein Anspruch

auf eine vollständige Analyse der US-Hegemonie oder globaler Machtverhältnisse erhoben wird.

## 10.4 Schemata der Indifferenz

Aus der vorliegenden Perspektive betrachtet, manifestiert sich eine Haltung der selektiven Indifferenz als ein kollektives Phänomen, das tief in der Art und Weise verankert ist, wie soziale Systeme Informationen mithilfe von *affektiv-kognitiv-leiblichen Schemata* (siehe Kap. 6) verarbeiten und spezifische Themen als kommunikativ relevant oder irrelevant codieren. Diese Form der Indifferenz dient auch als ein Mechanismus kollektiver kognitiver Verdrängung, der spezifische Macht- und Ausbeutungsdynamiken aus dem öffentlichen Diskurs und dem kollektiven Bewusstsein fernhält. Sie fungiert als Schutzvorrichtung, die es sozialen Systemen erlaubt, ihre operativen Routinen und Identitäten zu bewahren, ohne von der Konfrontation mit unangenehmen oder systembedrohenden Informationen gestört zu werden.

In sozialen Systemen, die durch Kommunikation konstituiert werden und Informationen auf der Basis ihrer Relevanz für die eigene *Sinnstruktur selektiv verarbeiten*, offenbart sich die Haltung der Indifferenz als eine Form der kommunikativen Selektivität. Diese Selektivität führt dazu, dass Informationen über Machtmissbrauch und Ausbeutung als für das System irrelevant betrachtet und folglich ignoriert werden. Die spezifische westliche Interpretation von Freiheit, die sich durch eine historische Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen entwickelt hat, kann als ein Ergebnis kommunikativer Selektivität betrachtet werden: Westliche Länder haben die Idee der *Freiheit zur ontologischen Grundkonstante* ihrer liberalen Demokratien erhoben. Die tiefgreifende Abhängigkeit westlicher Nationen und aufstrebender Demokratien von fossilen Energieträgern, insbesondere Erdöl, hat seit 1945 nicht nur ihre Entwicklung geprägt, sondern auch ihre kulturellen Vorstellungen von Freiheit und Exzess tiefgreifend beeinflusst. Diese spezifisch westliche Freiheitsinterpretation hat sich zu einem Recht auf unbegrenzte Mobilität und Verschwendung von fossilerenergetisch gewonnener Energie entwickelt (Sloterdijk and Heinrichs 2001, 321), das auf der Ausgrenzung der »Anderen« basiert. Die neoliberal codierte Verherrlichung von Gier und Niedertracht als kulturelle Werte verschleiert oft das fundamentale »Großereignis« der Nutzung fossiler Energien, das in den dominanten Ideologien signifikant vernachlässigt wird (Sloterdijk 2016, 125). Es herrscht eine chronische Ignoranz gegenüber der Tatsache, dass fossile Brennstoffe nicht nur einfache Rohstoffe sind, sondern als universelle »Naturarbeiter« fungieren, die prinzipiell Überfluss erzeugen, sobald sie in Gebrauch genommen werden (ebd., 126). Der privilegierte Status basiert auf einer *doppelten Dynamik der Externalisierung*, die die politischen Ökonomien der geopolitisch begünstigten westlichen Länder eng mit ihrer politischen Ökologie

verknüpft (Lessenich 2018, 150). Die Zentralisierung der Energieproduktion und die Kontrolle über die Öflüsse verleihen hegemonialen Akteuren eine beispiellose Macht (vgl. Kap. 10.3). Erdöl hat die Gesellschaften des globalen Nordens tiefgreifend transformiert und ermöglichte eine beispiellose Steigerung der Produktivität, der wirtschaftlichen Organisation und des Konsums, die weit über das hinausgeht, was mit Kohle möglich war. Diese Entwicklung eröffnete neue Pfade für politische Mobilisierung und verstärkte die Forderungen nach demokratischer Partizipation. Die Ausbeutung fossiler Energieträger führte zu einer Veränderung der ökonomischen Basis sowie zu einer Beeinflussung kultureller, politischer und ökonomischer Strukturen. Dies geschah in einer Weise, die eine gewisse Ignoranz gegenüber den langfristigen Konsequenzen und Abhängigkeiten systematisch fördert. Die in diesen Gesellschaften entstehenden »Kulturen der Freiheit« basieren demnach auf einer Ausbeutungsdynamik, die tief in der Nutzung fossiler Brennstoffe verwurzelt ist. Sie basieren im Wesentlichen auf der Verwendung motorisierter Maschinen anstelle menschlicher Arbeitskraft und resultieren in einem kontinuierlich steigenden Verbrauch umweltschädlicher fossiler Energieressourcen. Diese Entwicklung könnte als »unheimlicher Liberalismus« (ebd.) beschrieben werden, der zwar Freiheit und Fortschritt verspricht, jedoch auf Kosten der Umwelt und zukünftiger Generationen geht. Die resultierende Kultur reflektiert nicht nur die materiellen Grundlagen ihres Wohlstands, sondern auch eine tief verwurzelte Indifferenz gegenüber den ökologischen und sozialen Kosten, die mit diesem Wohlstand einhergehen. Informationen, welche die negativen Konsequenzen der westlich geprägten Abhängigkeit von fossilen Energieträgern unmissverständlich aufzeigen, werden innerhalb des westlich geprägten Diskurses mehrheitlich als irrelevant eingestuft und weitgehend aus der öffentlichen Debatte ausgeklammert, um spätestens in der politischen Umsetzung völlig ignoriert zu werden. Diese selektive Informationsverarbeitung entspricht dem Ansatz, mit dem vorliegend binär codierte Bedeutungszuweisungsprozesse innerhalb von Schemata (BCAS) – in diesem Fall als relevant oder irrelevant – konzeptualisiert werden (vgl. Kap. 6.4). Die zugrunde liegende Bedeutungszuweisung erfolgt durch eine binäre Codierung, welche der wesentlich komplexeren Natur der Realität nicht gerecht wird. Diese rigide und beharrliche Haltung der Indifferenz, wie sie sich in der systemisch vollzogenen Abgrenzung von System und Umwelt manifestiert, fungiert als Strategie, mittels derer Systeme ihre Grenzen stabilisieren (vgl. Kapitel 2). Die Negation oder Minimierung spezifischer externer Realitäten, insbesondere der Konsequenzen eigener Ausbeutungspraktiken, dient der Bewahrung einer Art von Homöostase innerhalb der internen Logik. Die systematische Ignoranz gegenüber den ökologischen und sozialen Kosten des fossilen Energiekonsums steht somit in Einklang mit der Tendenz, potenziell destabilisierende Faktoren, wie die Notwendigkeit eines nachhaltigeren Ressourcenmanagements, auszublenden. In funktional differenzierten Gesellschaften, insbesondere des westlichen Typs,

resultiert die Abgrenzung von Rollen und Funktionen in einer selektiven Wahrnehmung und Handlungsweise. Während Individuen und Kollektive in bestimmten Bereichen, etwa im Beruf, rational und zielgerichtet agieren, neigen sie dazu, in anderen Bereichen, wie beim Konsum, die Auswirkungen ihres Handelns auf globale Ungleichheiten und ökologische Zerstörung zu ignorieren. Diese Segmentierung begünstigt eine kollektive Indifferenz gegenüber den umfassenden Folgen eines Lebensstils, der von »Freiheit«, Exzess und unbegrenzter Mobilität gekennzeichnet ist. Zudem fördert sie eine kognitive Verzerrung, die auf der Illusion eines wohlstandskapitalistischen Win-win-Szenarios beruht (Lessenich 2018, 153). Dabei wird innerhalb der Eigengruppe Wert auf saubere Produktion und Konsum gelegt, während Ausbeutung und Umweltverschmutzung externalisiert werden, insbesondere in den als fremd betrachteten Gruppen. Diese Dynamik umfasst auch den erhöhten Konsum tierischer Proteine, der sich auf die intensive Nutzung fossiler Energien für die Futtermittelproduktion stützt (Sloterdijk 2016, 127) und somit die Illusion eines nachhaltigen Wohlstands innerhalb der Eigengruppe aufrechterhält, während er die Kosten auf Außengruppen und zukünftige Generationen verlagert.

Die Idee der kognitiven Verzerrung fließt hier in das *Schema der Indifferenz* ein. Diese Haltung spielt eine Schlüsselrolle dabei, wie Macht- und Unterschiedsbeziehungen fortlaufend neu geschaffen werden, obwohl sie oft nicht direkt sichtbar sind. Diese Analyse geht weit über die bloße Kritik hinaus, dass unsere gegenwärtige Gesellschaft häufig im Gegensatz zu ihren aufklärerischen Idealen von Freiheit und Gleichheit agiert, da sie auf Unterdrückung, Gewalt und Zerstörung basiert. So steht der im Westen vorherrschende fossile Lebensstil nicht nur in eklatantem Widerspruch zu den oft proklamierten »westlichen Werten«. Die durch einen verschwenderischen Ressourcenkonsum gekennzeichnete Diskrepanz zwischen den verkündeten Idealen und der realen Praxis offenbart eine tiefe Ambivalenz innerhalb westlicher Kulturen. Sie manifestiert sich in der Art und Weise, wie soziale Systeme Informationen selektiv verarbeiten und externe Realitäten gemäß den eigenen internen Logiken und Kommunikationscodes negieren oder minimieren. Der Lebensstil, der systematisch sogenannten »unterentwickelten Ländern« unzugänglich bleibt, selbst wenn von einer »demokratischen Entwicklung« und dem Streben nach einem ähnlichen Wohlstandskapitalismus ausgegangen wird (Lessenich 2018, 80), veranschaulicht die systemische Exklusion und die Begrenztheit der systeminternen Reflexionsfähigkeit. Diese Haltung der Exklusion und Ignoranz gegenüber den ökologischen und sozialen Kosten spiegelt eine systemische Externalisierung wider, die tief in den Strukturen und Praktiken westlicher Gesellschaften verankert ist. Die funktional differenzierten Systeme des Westens prägen mit ihren spezifischen Funktionen und Kommunikationscodes einen Lebensstil, der auf der Externalisierung von Kosten und der Ignoranz gegenüber den Folgen für nicht-zugehörige Systeme und Umwelten basiert. Das führt zu einer komplexen Dynamik von Inklusion und Exklusion, welche die alltagspraktische Ebene des

westlichen, auf fossilen Brennstoffen basierenden Lebensstils formt und gleichzeitig die systemische Ambivalenz zwischen proklamierten Idealen und realer Praxis verdeutlicht. Hier zeigt sich zudem eine Begrenzung der systemtheoretischen Perspektive, denn die gegenwärtige Situation fordert dringend Veränderungen – sowohl in der Klima- und Umweltpolitik als auch bezüglich der grundlegenden Lebensbedingungen der ausgebeuteten Bevölkerungsgruppen, um nicht auf den leeren Signifikanten »Menschenrechte« zurückzugreifen. Das Schema der Indifferenz lässt die Lebensrealitäten derjenigen im Dunkeln, die besonders stark unter den Auswirkungen der fossilen Brennstoffabhängigkeit leiden. Ihre Situation wird ignoriert oder herabgesetzt. Unter geopolitisch Privilegierten manifestiert sich infolgedessen eine Haltung, in der die Lebensrealitäten der Ausgebeuteten durch eine selektive Wahrnehmung überschattet werden. Diese selektive Haltung ist tief mit Affekten wie Ressentiments, Wut und Angst verbunden, die direkt gegen die Betroffenen gerichtet sind. Durch Stereotype und Diskurse, die »die Anderen« als gefährlich und bedrohlich charakterisieren, werden diese Emotionen als Schutzmechanismen mobilisiert. Diese *selektive Indifferenz* gegenüber den Lebensrealitäten der Ausgebeuteten manifestiert sich in einer Abwehrhaltung, die nicht nur darauf abzielt, materielle Privilegien zu bewahren, sondern auch, ein bedrohtes Selbstbild zu schützen. Daraus hervorgehende *Schemata* ermöglichen es den Privilegierten, eine Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Rolle in globalen Ungleichheitsverhältnissen zu umgehen und so ihre Position und das Selbstbild unangetastet zu lassen. In diesem Rahmen wird in Deutschland jede Störung der sozialen Ordnung als Bedrohung für den eigenen Wohlstand inszeniert, was die abwertende »Dämonisierung der Anderen« zur Verteidigung der herrschenden Ordnung nach sich zieht.

Die Praxis der Indifferenz erlaubt es zahlreichen geopolitisch Privilegierten, die Forderungen Geflüchteter abzulehnen und diese zu dämonisieren, um eine globale Struktur zu wahren, die ihren Reichtum garantiert. Die dabei zum Ausdruck gebrachten emotionalen Reaktionen offenbaren eine paradoxe Empörung über das Elend der Anderen, die an den sekundären Antisemitismus erinnert. Der Hass auf Juden entsteht bei diesem paradoxerweise *nicht trotz*, sondern *gerade wegen* der historischen Schuld und der Erinnerung an den Holocaust. In ähnlicher Weise resultieren negative Gefühle gegenüber »den Anderen« (z. B. Geflüchteten) nicht aus ihrem Leid, sondern aus der Wahrnehmung dieses Leids und den damit einhergehenden Herausforderungen für die eigene privilegierte Position. Die herablassende Rhetorik gegenüber Geflüchteten und Muslimen sowie Personen, die nicht als Teil einer geopolitisch privilegierten Gruppe codiert werden, lässt eine tief sitzende Furcht vor dem Verlust materieller Vorteile erkennen. Die kulturellen Medien und Schnittstellen, welche die Wahrnehmung der Welt formen, spielen eine entscheidende Rolle bei der Verfestigung von (Nicht-)Anerkennungsschemata. Diese Schemata manifestieren sich nicht nur in individuellen und kollektiven

Empfindungen und Verhaltensweisen, sondern auch in den kulturellen Praktiken, welche die sozialen Bindungen, Identitäten und globalen Ungleichheiten formen und aufrechterhalten. Die durch kulturelle Codierungen vermittelten Botschaften (vgl. Kap. 8) erreichen Menschen, die sich ihnen evolutionär, neurobiologisch und psychologisch bedingt schwer entziehen können, selbst ohne explizite Identifikation mit diskriminierenden Inhalten. Die Etablierung solch affizierender Praktiken birgt das Risiko der Gefährdung demokratischer Institutionen und Werte. Dies erfolgt durch die Verbreitung spezifischer Differenz- und Zugehörigkeitsverhältnisse über kulturelle Codierungen sowie die Normalisierung vielfältiger Muster von Diskriminierung und Segregation. Diese Differenzierungspraktiken, ob symbolisch, materiell, bewusst oder unbewusst, strukturell oder institutionell, resultieren in einer Einschränkung der Lebensmöglichkeiten von Gruppen, die durch primordial codierte Differenzierungsmuster konstruiert werden. Dies führt zu einer Verstärkung der Machtposition der Privilegierten, insbesondere hinsichtlich der Deutungshoheit über soziale Phänomene und Konflikte sowie des privilegierten Zugangs zu Wissen, Wohlstand und Einfluss. Die Identifikation mit der auf diese Weise konstruierten Selbstimago sowie die Distanzierung von »den Anderen« dienen sowohl der Stärkung des Selbstkonzepts als auch der Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen Ordnung. Aus psychoanalytischer Perspektive lässt sich festhalten, dass in den projizierten »Anderen« nicht allein das Fremde bekämpft wird, sondern auch Aspekte des eigenen Ichs, die als inakzeptabel gelten (Mecheril and Haagen-Wulff 2016, 130). Die Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal von Geflüchteten – ob sie im Mittelmeer ertrinken oder in Camps und Unterkünften in prekären Verhältnissen leben – dient daher nicht nur der Wahrung einer sozialen Ordnung, die den Wohlstand der Privilegierten sichert, sondern auch dem Schutz eines fragilen Selbstverständnisses. Selektive Indifferenz und damit verbundene Schemata sind demgemäß Mechanismen, um Europas historische, politische und ökonomische Verantwortung für die globalen Zustände, von denen es profitiert und die zu Flucht und Migration beitragen, zu verbergen (Mecheril and Haagen-Wulff 2016, 128). Diese Verantwortung impliziert jedoch keine lineare Schuldzuweisung, sondern verweist auf die komplexen Verflechtungen zwischen europäischem Wohlstand und den globalen Ungleichheiten, die Migration und Flucht antreiben. Schemata der Indifferenz erfüllen demnach eine sozialpsychologische Funktion, indem sie eine Gemeinschaft auf eine konstruierte Bedrohung hin ausrichten. Auf diese Weise wird die Fragilität eines primordial codierten »Wir« verborgen. Die Erzeugung eines »gefährlichen Anderen« und eines »gefährdeten Wir« legitimiert die eigene privilegierte Stellung. *Praktiken der Humandifferenzierung basieren folglich unweigerlich auf Schemata der Indifferenz*, welche durch Diskurse sowie rhetorische und visuelle Mittel vermittelt werden und insbesondere in machtsensiblen Kontexten von hoher Relevanz sind. Diese Schemata definieren normative Muster für Verhalten und Emotionen. Sie legen fest, welchen Menschenleben in den vorherrschenden

Diskursen Aufmerksamkeit, Mitgefühl und Trauer zuteilwerden sollen und welche vernachlässigt werden. Des Weiteren bieten sie eine breite Legitimationsgrundlage für militärische Aktionen und Konflikte, indem sie durch kontinuierliche Repetition und das Pflegen kollektiver Erinnerungen zu einer unkritischen Akzeptanz entsprechender Interventionen beitragen. Sie definieren, mit wem Empathie geteilt wird und mit wem nicht, wodurch die Grenzen des Mitgefühls und der Anteilnahme manifestiert werden. Sie bilden eine Grundlage für die Legitimation von Gewalt und die Aufrechterhaltung von Machtstrukturen, indem sie selektive Empathie und Aufmerksamkeit schaffen, die bestimmte Gruppen bevorzugt und andere marginalisiert (J. Butler 2010, 44). Diese Art der Humandifferenzierung setzt eine gezielte Konditionierung und entsprechende Schemata voraus. Daher findet sie täglich in ritualisierter Weise statt, insbesondere in Medien und Diskursen. Beispielsweise manifestiert sie sich in Nachrichtenberichten, die selektiv über Leid berichten, indem bestimmte Ereignisse ignoriert und andere besonders hervorgehoben werden.

Das Schema der Indifferenz verdeutlicht, wie bestimmte Kriege, kriegerische Auseinandersetzungen und Menschenleben je nach ihrer Bedeutung für die herrschende Praxis der eigenen sozialen Systeme als relevant oder irrelevant betrachtet werden. Diese Bedeutungszuschreibungen werden kulturell codiert und finden, basierend auf ihrer geopolitischen Bedeutung, ihren Platz in einem Spektrum der (Ir-)Relevanz innerhalb der ritualisierten Formen des Gedenkens. Judith Butler hat aufgezeigt, wie kriegsbezogene Diskurse zum Irakkrieg und zu den Gefangenenlagern der Guantanamo Bay durch selektive Rahmungen Affekte und ethische Haltungen präformieren und in kulturell präferierte Richtungen lenken (J. Butler 2010, 2009). Dieses Phänomen lässt sich als ein fortlaufendes Muster der Humandifferenzierung verstehen, das im Zusammenspiel mit menschlichen Affekten, kognitiven Prozessen und kulturellen Dynamiken koevolviert. In der medialen und politischen Landschaft werden Konflikte und Kriege unterschiedlich thematisiert und bewertet, ein Muster, das tief in den Schemata der Humandifferenzierung verwurzelt ist, wie sie in diesem Buch diskutiert werden. Beispielsweise wird der Krieg zwischen der Ukraine und Russland täglich in den Medien und politischen Diskursen vieler westlicher Länder intensiv beleuchtet. Es wird eingehend diskutiert, inwieweit die Ukraine mit Waffen und militärischer Technik unterstützt werden sollte. Diese breite Aufmerksamkeit und das Engagement für die Ukraine stehen in starkem Kontrast zur relativen Ignoranz gegenüber anderen Kriegen und Konflikten. Während plötzlich ehemalige Friedensaktivisten unermüdlich mehr Waffen fordern und sich in Debatten über Rüstungstechnik vertiefen, scheinen Kriege und Konflikte in Ländern wie dem Südsudan, dem Kongo oder Myanmar in den westlichen Gesellschaften kaum Beachtung zu finden. Die fortgesetzte Extraktion von Erzen, die den Handel in Antwerpen und New York mit Diamanten und Gold antreibt, erfolgt unbeeindruckt davon, wie viele Kinder unter welchen Umständen erkranken und sterben.

Diese Schicksale scheinen unsere Aufmerksamkeit nicht zu verdienen. Ihr Leiden und ihre Leben werden kulturell derart codiert, dass auch nach dem Lesen dieser Zeilen das alltägliche Geschäft unverändert weitergeht. Hier zeigen sich die Macht und Wirkungsweise der vorliegend besprochenen Schemata.

In diesem Kontext dürfen auch die zahlreichen »Kriege gegen den Terror« nicht unerwähnt bleiben, obwohl sie hier nicht detailliert behandelt werden können. Sie sind ein zentraler Bestandteil der aktuellen Formen der Kategorisierung und Differenzierung von Menschen, Bevölkerungen und Regionen. Die vielen Kriege und militärischen Interventionen, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika, und die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen veranschaulichen dies eindrucksvoll. Offensichtlich dienen die meisten militärischen Interventionen und Kriege in diesen Regionen weniger der Emanzipation von Mädchen und Frauen oder der Etablierung von Demokratien und Menschenrechten, sondern eher der Sicherung und Kontrolle natürlicher Ressourcen, die für das Leben in geopolitisch privilegierten Gesellschaften essenziell sind (siehe Kapitel 7). Zwar wäre es nicht sachdienlich, alle Kriege, die von den USA und der NATO geführt wurden und werden, pauschal als reine Ausbeutungszüge zu deklarieren. Jedoch ist in einer realistischen Betrachtung der Aspekt des nachhaltigen wirtschaftlichen Profits – und damit der deutlichen Verbesserung der eigenen Lebensumstände – unübersehbar. Dieser Profit ist häufig mit der systematischen Ausbeutung marginalisierter Menschen verbunden und verfestigt ihre Unterordnung unter bestehende Machtstrukturen.

Die Entscheidung, mit diesem Buch eine abstrakte Position aus der Perspektive der systemisch-anthropologischen Analyse einzunehmen, bedeutet keine Relativierung der Brisanz und der oft einseitigen medialen und politischen Narrative zu bestimmten Kriegen und Krisen. Der Widerstand gegen die Ausbeutung von Land und natürlichen Ressourcen, welche einen fundamentalen Aspekt der kapitalistischen Expansion darstellen, wird vielfach als ernsthafte Bedrohung etablierter Privilegien wahrgenommen. Konflikte um diese Ressourcen, die innerhalb des globalen Wirtschaftssystems ausgetragen werden, lassen sich als Kampf zwischen jenen interpretieren, die das vorherrschende Weltbild und seine dominanten Akteure herausfordern, und den »Verteidigern« des Status quo. Dies demonstriert, dass globaler Widerstand gegen hegemoniale Kräfte in seiner Vielfalt existiert und sich einer pauschalen Einstufung als legitim oder illegitim, als Widerstand oder Terrorismus, entzieht. Eine differenzierte Betrachtung dieser Kategorien ist erforderlich, wobei spezifische Kontexte zu berücksichtigen sind, um einer gleichgültigen Relativierung entgegenzuwirken. Eine Analyse von Widerstandsformen muss daher nuanciert erfolgen und die nicht-linearen Interaktionen zwischen den verschiedenen Systemen innerhalb der untersuchten Kontexte einbeziehen. Hierbei ist eine vorschnelle Einordnung unter allgemeinen Kategorien wie beispielsweise dem Postkolonialismus zu vermeiden. Ein vollständiger Anspruch auf Ausgleich von Leid

ist als weltfremd und infantil zu bezeichnen, da er eine lineare Denkweise voraussetzt, die der Realität nicht gerecht wird. *Es ist unerlässlich, vereinfachende und manichäische Interpretationen zu vermeiden, die vielschichtige Konflikte auf die einfachen Dynamiken eines Wettkampfs zwischen zwei gegnerischen Seiten reduzieren.* Um sich sinnvoll mit diesen Themen auseinanderzusetzen und präzise Positionen zur Humandifferenzierung zu entwickeln, ist es notwendig, einen facettenreichen Ansatz zu verfolgen. Dies impliziert die Anerkennung der verschiedenen Dimensionen menschlicher Differenzierung. Die Nicht-Linearität impliziert, dass die Folgen von Handlungen nicht unmittelbar proportional zu ihren Anlässen sind und dass geringfügige Änderungen oder Maßnahmen bedeutende und weitreichende Effekte nach sich ziehen können, die einer linearen Prognose entgehen. Des Weiteren neigt unkritisches und lineares Denken dazu, die Verantwortung für gesamtgesellschaftliche Konstellationen einseitig auf Einzelpersonen, Gruppen oder gar ganze Nationen abzuwälzen. Dabei wird erneut angenommen, dass Vergeltung oder Wiedergutmachung – also eine trivialisierte Beeinflussung von Systemen von außen – das »Problem« lösen könnte. Dies resultiert in Schuldzuweisungen und der Annahme einer Überlegenheit oder Absolutheit der eigenen Position. Es ist daher zielführend zu erkennen, wie kulturelle Codierungen und affektiv-kognitive-leibliche Schemata die Wahrnehmung und Interpretation von Widerstand, Ausbeutung und anderen globalen Dynamiken beeinflussen. Ein tieferes Verständnis und eine fundierte Kritik können erreicht werden, indem diese Einflüsse hinterfragt werden. Die zahlreichen Widrigkeiten und enormen Ungerechtigkeiten, die weltweit vorherrschen, lassen sich nicht durch die Verantwortungszuschreibung an eine Gruppe beheben. Gruppenkonstruktionen und das damit verbundene Gefühl eines selbstgerechten, quasi göttlichen Richtens, das mit einem Bedürfnis nach Kontrolle einhergeht, führen zur Reduktion von Komplexität. Die Klassifizierung bestimmter Handlungen als Widerstand oder Terrorismus kann demnach nicht auf einer simplen Logik fußen, die direkte Kausalitäten zwischen den Motivationen der Akteure, ihren Methoden und den gesellschaftlichen Reaktionen unterstellt. Vielmehr erfordert es eine Auseinandersetzung mit den komplexen und oft indirekten Pfaden, auf denen diese Handlungen soziale Veränderungen oder Reaktionen hervorrufen. Die Anerkennung der Nicht-Linearität ermöglicht ein Verständnis dafür, dass die Konstruktion von »Feinden« oder »Opfern« in gesellschaftlichen Narrativen nicht lediglich eine Antwort auf spezifische Handlungen ist, sondern auch von historischen, kulturellen und sozialen Kontexten beeinflusst wird, die sich im Laufe der Zeit entwickeln. Selbst die in diesem Buch thematisierten hegemonialen Ausbeutungsdynamiken sind nicht per se als unmoralisch oder »böse« zu bewerten, was zunächst schwer nachzuvollziehen sein mag. Der weit verbreitete Glaube an eine gerechte Welt, die Annahme also, dass Widrigkeiten eindeutig auf jemandes Fehlverhalten zurückzuführen sind (Just World Hypothesis), erweist sich lediglich als ein weiteres, trügerisches und zugleich hartnäckiges Schema. Eine Auflösung von Konflikten, die seit Jahrzehnten oder gar

Jahrhunderten schwelen, ist schlichtweg nicht möglich. Die Anerkennung der Realität, dass Chaos und Unregierbarkeit eher die Regel als die Ausnahme bilden, ruft ein Gefühl des Unbehagens hervor. Dieses Gefühl verstärkt sich durch die Erkenntnis, dass mit der zunehmenden Komplexität von Gesellschaften und der fortschreitenden funktionalen Differenzierung die Herausforderungen wachsen. Wie der sprichwörtliche rosa Elefant im Raum, den wir in anderen Kapiteln des Buches thematisiert haben, steht dieses wachsende Gefühl der Überforderung im Zentrum unserer Zeit. Es unterstreicht, dass die Versuche, einfache Lösungen für komplexe Probleme zu finden – wie Schuldzuweisungen, Dämonisierung und Rache – nicht nur unzureichend, sondern auch kontraproduktiv sind. Die Konfrontation mit der steigenden Komplexität und der damit verbundenen Überforderung fordert von uns, über traditionelle Denkmuster hinauszugehen und neue Wege des Verstehens und des Umgangs mit gesellschaftlichen Herausforderungen zu entwickeln. Die Haltung, entschlossen gegen wahrgenommene Ungerechtigkeiten zu protestieren, ohne den beschriebenen Irrtümern – wie der simplifizierenden Schuldzuweisung, Dämonisierung und dem Streben nach Rache – zu erliegen, lässt sich effektiv mit dem Konzept der *Beobachtung zweiter Ordnung* verknüpfen. Diese Methode, bei der untersucht wird, wie ein System seine Umwelt und sich selbst wahrnimmt, deutet und darauf reagiert, bietet eine reflexive Perspektive, die über oberflächliche Beurteilungen hinausgeht. Durch diese Art der Betrachtung wird es möglich, die eigenen Annahmen sowie die Filter und Strukturen, die unsere Sichtweise prägen, kritisch zu hinterfragen. Durch diese tiefgreifende Reflexion können wir ein umfassendes Verständnis für die Komplexität hinter Ungerechtigkeiten erlangen. Ein informierter und nuancierter Protestansatz, der über einfache Schuldzuschreibungen hinausgeht, ermöglicht es, nicht nur gegen die Symptome, sondern auch gegen die systemischen Ursachen von Ungerechtigkeiten anzugehen. Die Praxis der Beobachtung zweiter Ordnung im Protest gegen Ungerechtigkeiten bedeutet etwa, strukturelle Veränderungen anzustreben, indem wir tief verwurzelte Annahmen und die sie stützenden gesellschaftlichen Strukturen kritisch hinterfragen. Dies verlangt eine Offenheit für komplexe Lösungen, die den vielschichtigen Herausforderungen gerecht werden.

Eine Untersuchung der Humandifferenzierung erfordert daher eine metareflexive Perspektive, die bestehende Machtasymmetrien anerkennt, ohne in engen Narrativen zu verharren. Dies berührt auch den Aspekt der makrosozialen anthropologischen Konstanten zu Macht und Herrschaft, die sich durch die Geschichte der Menschheit ziehen (vgl. Kapitel 7). Die Auseinandersetzung um Erdöl und andere natürliche Ressourcen als zentrale Säulen globaler Machtstrukturen unterstreicht, wie tiefgreifend diese Konstanten die Interaktionen zwischen sozialen Systemen prägen. Die Kontrolle über solche Ressourcen ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Werkzeug, das in der Lage ist, globale Machtverhältnisse zu definieren und zu festigen. In diesem Sinne wird die systemische Ausbeutung

marginalisierter Gruppen und deren Einordnung in die bestehenden Hierarchien als eine Wiederholung historischer Muster von Macht und Herrschaft deutlich, die die Grundlage der gegenwärtigen globalen Ordnung (komplexe Hegemonie) bilden.

Der vorliegende Ansatz reflektiert ein Verständnis von Humandifferenzierungspraktiken, die oft den Narrativen folgen, die der Eigengruppe und den eigenen Zielen dienlich sind, selbst wenn diese Zuschreibungen nicht genau den real existierenden Gruppenkategorien entsprechen. Die Herausforderung besteht ja gerade darin, über diese Dichotomien hinauszublicken und ein nuancierteres Bild der Motivationen und Folgen von Handlungen des Widerstands zu entwickeln. Nur so können komplexe Dynamiken, die hinter den globalen Konflikten stehen, besser erfasst und verstanden werden. Die Schemata der Indifferenz spiegeln eine tief verwurzelte anthropologische Konstante wider: die Sicherung und Maximierung eigener Ressourcen. Diese adaptive Effizienzsicherung manifestiert sich in den geopolitisch bevorzugten, westlichen Gesellschaften nicht primär aus einer Überlebensnotwendigkeit heraus, sondern vielmehr durch ein Streben nach Exzess und einen Lebensstil, der »Freiheit« auf Kosten anderer definiert. Das Streben nach Überfluss manifestiert sich in exzessivem Konsum und Ressourcenverschwendung und führt zugleich zu einer Verstärkung von Ausbeutungsverhältnissen. Die daraus resultierenden Lasten werden in erster Linie von marginalisierten und ausgebeuteten Gruppen und Regionen getragen. Diese Schemata stellen eine Anpassung dar, die im Verlauf mehrerer Generationen durch natürliche Selektion und kulturelle Evolution verfeinert wurde, um das Überleben und die Reproduktion in einer sich wandelnden Umwelt zu sichern. Sie umfassen Verhaltensweisen, Einstellungen und soziale Strukturen, welche die Navigation komplexer sozialer Interaktionen, die Stärkung sozialer Bindungen sowie die effektive Bewältigung von Konflikten ermöglichen. Die Fähigkeit zur Anpassung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität und Kohäsion innerhalb von Gemeinschaften. Sie ermöglicht den Menschen, kollektiv auf Herausforderungen zu reagieren und gemeinsame Ziele zu verfolgen. Die Effizienzmaximierung hinsichtlich der Ressourcensicherung gewährleistet die langfristige Sicherung des Wohlstands und der Identität von Gruppen. Die adaptive Effizienz entfaltet ihre Wirkung als soziale und kulturelle Überlebensstrategie. Sie ermöglicht es Gruppen, ihre Ressourcen sowie Macht und Identität zu schützen und zu stärken. Der damit assoziierte Lebensstil ist geprägt durch exzessiven Konsum sowie die Verschwendung von Ressourcen. Gleichzeitig impliziert der Begriff der Ausbeutung eine ungleiche Ressourcenverteilung sowie die ökologischen und sozialen Kosten, welche die Lebensweise mit sich bringt. Die Praxis der Beobachtung zweiter Ordnung, welche die kritische Hinterfragung der eigenen Wahrnehmungs- und Interpretationsprozesse einfordert, bietet einen Rahmen, um die Paradoxie der Schemata der Indifferenz in den Kontext der westlichen Konsumgesellschaften zu setzen. Dadurch wird erkennbar, dass das Streben nach Exzess und die Aufrechterhaltung von Ausbeutungsverhältnissen

nicht nur eine unmittelbare Reaktion auf Bedürfnisse darstellen, sondern tief in den kulturellen, sozialen und ökonomischen Strukturen verankert sind, welche diese Gesellschaften prägen. Diese Erkenntnis steht im Einklang mit der Kritik an der Übereinfachung und der Tendenz zur Indifferenz, da sie aufzeigt, dass die Aufrechterhaltung des Status quo und der damit verbundenen Ungerechtigkeiten aktive, wenn auch oft unbewusste, Entscheidungen darstellen, die einer kritischen Reflexion bedürfen.

## 10.5 Konsequenzen der Indifferenz

Im letzten Abschnitt dieses Kapitels erfolgt eine Analyse der Auswirkungen der Schemata der Indifferenz auf die geopolitische und -strategische Dimension der Humandifferenzierung aus deutscher Perspektive. Hierbei wird ein besonderes Augenmerk auf die außenpolitischen und sicherheitspolitischen Implikationen sowie deren Einfluss auf die globalen Machtverhältnisse und Differenzordnungen gelegt. Die in den vorangegangenen Abschnitten thematisierten globalen Strukturen der Ressourcen- und Humanausbeutung befinden sich an einem kritischen Wendepunkt bzw. *Bifurkationspunkt* (siehe Kapitel 8.3.2), der sich aus drei wesentlichen Aspekten zusammensetzt.

Erstens zeigt sich, dass hochgradig funktional differenzierte Systeme zunehmend den Bezug zu ihrer gesellschaftlichen Einbettung sowie den Wechselwirkungen mit anderen Systemen verlieren. Die Autonomie dieser Systeme fördert eine Kurzsichtigkeit bei machtvoll agierenden Einheiten, die ihre eigene Logik über die komplexen Erfordernisse des gesellschaftlichen Gesamtkontextes stellen. Dies resultiert in eindimensionalen und reduktionistischen Perspektiven, insbesondere bei den Systemen, die einen entscheidenden Einfluss auf das Leben vieler Menschen weltweit haben (Willke 2023, 15). Die in Kapitel 10.4 dargelegten *Schemata der Indifferenz* führen zweitens zu einer Verstärkung der zuvor genannten Kurzsichtigkeit, da sie dazu tendieren, die langfristigen ökologischen und sozialen Konsequenzen des Handelns zu ignorieren oder zu bagatellisieren. Die genannten Schemata tragen somit nicht nur zur Aufrechterhaltung bestehender Machtstrukturen sowie zur Ausbeutung von Ressourcen, Menschen und Regionen bei, indem sie die gesellschaftliche Wahrnehmung und Reaktion darauf formen, sondern sie beeinflussen auch signifikant die ökologischen Krisen. Die Präferenz bestimmter Reaktionsweisen und Strategien im Umgang mit dem Klimawandel sowie die Vernachlässigung anderer Reaktionsweisen vertiefen die Ungleichheit in der Ressourcenverteilung. Die resultierende Vorherrschaft bestimmter Codierungslogiken, insbesondere in ökonomischen und politischen Systemen, begünstigt kurzfristige Vorteile und Stabilisierungen, während langfristige Nachhaltigkeit und Resilienz vernachlässigt werden.

Drittens resultiert aus dem Defizit an systemübergreifender kollektiver Intelligenz (ebd., 151) eine Resistenz gegenüber adaptiven und präventiven Maßnahmen, vor allem im Kontext ökologischer Herausforderungen. Die für das Erkennen und adäquate Reagieren auf komplexe und langfristige Bedrohungen, wie den Klimawandel, notwendige kollektive Intelligenz wird durch die vorherrschenden Schemata der Indifferenz untergraben. Anstatt interdisziplinäre und intersektorale Lösungsansätze zu fördern, die auf einem ganzheitlichen Verständnis der ökologischen, sozialen und ökonomischen Wechselwirkungen beruhen, intensivieren diese Schemata eine fragmentierte Wahrnehmung und Behandlung globaler Krisen. In der Konsequenz ist eine unzureichende Resilienz gegenüber den sich zuspitzenden ökologischen Risiken zu konstatieren. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die erforderliche tiefgreifende Transformation hin zu nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweisen durch die Beschränktheit der systemimmanenten Logiken sowie die Abwesenheit einer integrativen kollektiven Weitsicht behindert wird. Die mangelnde Fähigkeit, sich an ökologische Krisen anzupassen, führt nicht nur zu einer unzureichenden Reduzierung der Auswirkungen des Klimawandels, sondern auch zu einer Intensivierung sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass jene Gemeinschaften und Regionen, die in besonderem Maße vom Klimawandel betroffen sind, über die geringsten Ressourcen und Möglichkeiten zur Anpassung und Bewältigung verfügen. Die Autonomie funktionaler Systeme, welche ihre eigenen Interessen vor gesamtgesellschaftliche Belange stellen, und die daraus resultierende Entkopplung haben im Kontext Deutschlands zu einer signifikanten Eindimensionalität in der geopolitischen Strategie geführt. Diese Entwicklung führte zu einer signifikanten Abhängigkeit von russischem Gas. Diese Konstellation begünstigte zudem eine systematische Unfähigkeit, den Übergang zu erneuerbaren Energien entscheidend voranzutreiben und die Kohlendioxid-Emissionen signifikant zu reduzieren. In der Konsequenz ist eine Neuorientierung der Energiepolitik erforderlich. Im Kontext der Suezkrise 1956 manifestierte sich die strategische Machtposition der USA als neue Weltmacht nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals sehr deutlich, indem sie militärische Interventionen Großbritanniens und Frankreichs in Ägypten konsequent unterbanden. Die militärischen Aktionen der ehemaligen Kolonialmächte waren darauf ausgerichtet, die Energieinteressen Westeuropas im Nahen Osten zu sichern. Dies entsprach einem Bestreben, das die Vereinigten Staaten zuvor noch unterstützt hatten, um ihre eigene Versorgungssicherheit in der westlichen Hemisphäre zu gewährleisten (J. Gupta and Chu 2018). In der Konsequenz dessen hat sich eine Entfremdung einiger europäischer Staaten von ihrem NATO-Verbündeten herausgebildet, welche eine strategische Neuorientierung hin zu sowjetischen und später russisch dominierten Energiequellen zur Folge hatte (H. Thompson 2022). Diese geopolitische Wende intensivierte sich in den 1970er-Jahren, als die energiepolitische Verbindung zwischen Europa und der Sowjetunion

auch den Erdgassektor einschloss. Trotz der verstärkten Energieorientierung hin zur Sowjetunion, insbesondere durch die zunehmenden Erdgasimporte in den 1970er Jahren, blieb Europas »Entgegenkommen« gegenüber der US-Hegemonie stabil. Dies verdeutlicht eine vielschichtige Ressourcensicherungsstrategie, die das transatlantische Bündnis aufrechterhielt. Europas Diversifizierung der Energiequellen, insbesondere durch die Öffnung nach Osten, beeinträchtigte keineswegs die politische und strategische Allianz mit den USA. Vielmehr war dies Teil eines umfassenderen Bestrebens, die Energiesicherheit zu gewährleisten, ohne die entscheidenden geopolitischen Beziehungen zu den USA zu gefährden. Wie in den vorangegangenen Abschnitten dieses Kapitels erörtert, führte die schrittweise Verknüpfung des US-Dollars mit fossilen Energien zur Festigung der Vormachtstellung der USA und zur Verankerung globaler kapitalistischer Ausbeutungsstrukturen sowie der damit verbundenen internationalen Institutionen. Die gegenwärtigen Manifestationen des als Klimawandel bezeichneten Phänomens reflektieren die Fortsetzung der kapitalistischen Globalisierung, die aus der Dominanz im Rahmen bestehender menschlicher Ungleichheiten hervorgegangen ist und diese weiter verstärkt. Die lineare Identifikation spezifischer »Schuldiger« erweist sich bei der Analyse dieser ungewollten Katastrophe als schwierig. Dennoch lässt sich die Verantwortung, die durch Emissionen von Kohlenstoffdioxid und Umweltschäden im Zuge der Industrialisierung entsteht, nicht leugnen (Höhne et al. 2020). Die dargestellte Situation veranschaulicht die Komplexität globaler Umweltprobleme. Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass Ursachen und Folgen oft nicht klar voneinander zu trennen sind und sich die Verantwortlichkeit über verschiedene Zeitperioden und Akteure sowie deren gegenseitige Abhängigkeiten verteilt (Rogelj et al. 2019). Die Abhängigkeit Europas von russischen Energiequellen wurde insbesondere im Jahr 2008 evident, als der russische Präsident Wladimir Putin in Georgien seine Missachtung der postsowjetischen Grenzen demonstrierte. Dies führte zu einer erheblichen Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in ihrer Russlandpolitik. Bereits in den 1990er-Jahren wurde ersichtlich, dass geopolitische Interessen der Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels Grenzen setzen und Entscheidungen über die Entwicklung neuer Energiequellen geopolitische Auswirkungen nach sich ziehen würden (Oualaalou 2020, 41). Die Vereinigten Staaten von Amerika lehnten die Ratifikation des Kyoto-Protokolls von 1997 ab, welches die Emission von Treibhausgasen begrenzen sollte. Diese Haltung resultierte aus der Einschätzung des nahezu gesamten Senats, dass ein Abkommen, welches Verpflichtungen lediglich für die Vereinigten Staaten von Amerika und nicht für die Volksrepublik China vorsah, die US-amerikanische Wirtschaft benachteiligen würde. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte eine Kategorisierung Chinas als Entwicklungsland. In der Zwischenzeit begann die Koalitionsregierung in Berlin von 1998 bis 2005, den Fokus auf erneuerbare Energien zu legen, und leitete den Ausstieg aus der Kernenergie ein. Dies wiederum führte zu einer verstärkten

Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas. Gleichzeitig initiierte Putin ein strategisches Projekt mit einer Laufzeit von zwei Jahrzehnten, welches darauf abzielte, die Ukraine aus dem russischen Gastransportsystem zu drängen (Chekunova 2023). Die Entwicklung und Erweiterung der Nord-Stream-Gasleitungen, welche direkt von Russland nach Deutschland verlaufen und dabei traditionelle Transitländer in Osteuropa umgehen, kann als Beispiel für die zunehmende Entfremdung von den USA betrachtet werden. Obgleich die USA sowie einige europäische Partner die zunehmende Abhängigkeit von russischem Gas sowie die damit einhergehenden geopolitischen Risiken kritisierten, wurde die Realisierung der Pipelines dennoch vorangetrieben. Die Einführung erneuerbarer Energien führte demnach nicht zu einer signifikanten Veränderung der fundamentalen Rolle der Energie in der Geopolitik. Der Übergang zu erneuerbaren Energien ist ein langwieriger Prozess, der das geopolitische Spiel um fossile Brennstoffe nicht rasch beenden wird. Seit den 2010er-Jahren intensivierte sich der Wettbewerb zwischen den USA und Russland um den europäischen Gasmarkt, wobei Parallelen zum Beginn des 20. Jahrhunderts beim Ölhandel erkennbar sind (Dalby 2020, 134). Die dargestellten Entwicklungen verdeutlichen die Relevanz der Energiepolitik in den internationalen Beziehungen. Diese hat über Jahrzehnte hinweg maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung von Allianzen und Konflikten zwischen Staaten ausgeübt. Die gemeinsamen Interessen im Bereich fossiler Brennstoffe haben zudem zu einer stillschweigenden Annäherung zwischen China und Russland geführt. Geopolitische Perspektiven, welche diese Fakten nicht berücksichtigen, können immer nur ein unvollständiges Bild liefern. Energie stellt einen zentralen Faktor im bereits mehrfach erwähnten Great Power Game dar, und die damit verbundenen Auswirkungen werden angesichts makrosozialer anthropologischer Konstanten nicht ohne Weiteres aufhören.

Die geopolitische Entfremdung Deutschlands von den USA, insbesondere im Kontext der Energiepolitik, veranschaulicht beispielhaft die Entkopplung funktionaler Systeme sowie die Autonomie nationaler Systeme in einer globalisierten Welt. Die Entscheidungen für den Bau der Nord-Stream-Gasleitungen sowie den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie lassen eine Entkopplung funktionaler Systeme auf globaler Ebene erkennen. Diese autonomen Entscheidungen, die in erster Linie nationalen Interessen folgen, erschweren die notwendige Koordination und Kooperation zwischen Staaten zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel. Die geopolitische Entfremdung und die dadurch bedingte energetische Neuausrichtung wirken sich auf Praktiken der Humandifferenzierung aus, indem sie bestehende sozioökonomische Ungleichheiten verstärken und neue schaffen. Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus geopolitisch instabilen Regionen führt zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten durch die Volatilität der Energiepreise. Demgegenüber kann die Investition in erneuerbare Energien und die damit einhergehende Technologieentwicklung zu neuen Formen sozialer Differenzierung und Hierarchisierung führen, beispielsweise durch die

Schaffung neuer Arbeitsmärkte und die Umverteilung wirtschaftlicher Macht. Die Entscheidungen einzelner Staaten hinsichtlich ihrer Energiepolitik haben demgemäß unmittelbare Auswirkungen auf den Klimawandel. Der Ausbau erneuerbarer Energien und der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen haben positive Effekte auf die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Demgegenüber birgt die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen das Risiko, die globalen Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels zu unterminieren. Des Weiteren resultiert aus der geopolitischen Entfremdung und der Autonomie der Energiepolitik eine Zunahme von Klimaflüchtlingen, da durch die Verschärfung der klimatischen Bedingungen und die daraus resultierenden sozioökonomischen Konflikte Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen werden. Die geopolitische Distanzierung Deutschlands von den USA in Energiefragen spiegelt die Herausforderungen wider, die mit der Entkopplung funktional differenzierter Systeme und deren Kurzsichtigkeit innerhalb neoliberaler Regime einhergehen. Diese Konstellation verhindert die dringend notwendige Umstellung auf nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweisen und legt das Versagen der Emergenz kollektiver Intelligenz bei der Bewältigung eskalierender ökologischer Risiken offen. Die inhärente Begrenztheit der Logiken innerhalb von Systemen sowie das Fehlen einer ganzheitlichen, kollektiven Weitsicht, die als handlungsorientierte kollektive Intelligenz vorhanden ist, aber aus systemischen Gründen nicht verwirklicht werden kann, stellen ein wesentliches Hindernis für notwendige Innovationen und den erforderlichen Wandel im Umgang mit ökologischen Krisen dar. Das Dilemma globalisierter Funktionssysteme, über Deutschland hinaus, liegt in der fortschreitenden Loslösung von nationalstaatlicher Bindung und gesellschaftlicher Selbststeuerung, was die Lenkungsfähigkeit weiter schwächt. Derzeit sind die Umriss einer neuen globalen Steuerungsstruktur noch nicht erkennbar (Willke 2023, 152). Die Trägheit nationalstaatlicher Systeme hinsichtlich notwendiger Anpassungen und Innovationen zur Bewältigung ökologischer Krisen behindert nicht nur eine wirksame Minderung der Klimaauswirkungen, sondern trägt auch zur Verschärfung sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten bei. Die besprochenen Schemata der Indifferenz beeinflussen grundlegend die Codierung und Gestaltung interner wie externer Beziehungen durch gesellschaftliche Systeme. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die Humandifferenzierung, die globale Verteilung von Ressourcen, Zugangsmöglichkeiten und Machtverhältnisse. Die resultierenden neuen Differenzierungsformen, beispielsweise hinsichtlich des ungleichen Zugangs zu sauberer Luft und Wasser, bewirken eine Verschiebung in der Organisation und Wahrnehmung gesellschaftlicher Inklusion und Exklusion. Auf Basis der in dieser Arbeit dargelegten Prämissen und Schlussfolgerungen, insbesondere der Erkenntnis der Nicht-Linearität organisationaler Strukturen und der Unmöglichkeit einer alleinigen Kontrolle des Ganzen durch einen Teil, ergeben sich Fragen bezüglich zukünftigen Handelns. Diese Erkenntnis kann zunächst ein Gefühl der Ohnmacht evozieren, ähnlich der Situation auf der Titanic vor ih-

rem Untergang. Gleichzeitig eröffnet sie jedoch Möglichkeiten für ein vertieftes Verständnis der komplexen Dynamiken und das Potenzial für Veränderungen innerhalb dieser nicht-linearen Strukturen. Die Klimakrise konfrontiert globale Gesellschaften mit der Notwendigkeit, bestehende Machtstrukturen und die Dominanz spezifischer Codierungslogiken einer kritischen Reflexion zu unterziehen. Dies erfordert die Entwicklung eines Bewusstseins für die Grenzen dieser einzelnen Systemlogiken sowie die Anerkennung der Notwendigkeit einer ganzheitlichen Perspektive. Diesbezüglich ist es erforderlich, die komplexen Interaktionen zwischen dem Klimawandel und sozialen Disparitäten in ihrer Gesamtheit zu erfassen. Die Entwicklung eines solchen Bewusstseins und entsprechender Schemata ist von entscheidender Bedeutung für die Ausgestaltung von Politiken und Praktiken, welche eine resiliente, anpassungsfähige und inklusive globale Gemeinschaft fördern. Die vielschichtigen Herausforderungen des Klimawandels sollten dabei als kollektive Verantwortung begriffen und proaktiv im Sinne einer nachhaltigen Zukunft für alle angegangen werden.

Es muss konstatiert werden, dass die vorliegenden Analysen begründete Zweifel daran aufwerfen, ob neue kollektive Identitäten und Intelligenzen entstehen, die unvermittelt neue Schemata hervorbringen, die frei von der Ausbeutung von Menschen, Umwelt und Ressourcen sind. Diese Skepsis reflektiert ein Bewusstsein für die Herausforderungen, die etablierte Strukturen und Denkmuster mit sich bringen. In Anbetracht der Tendenz sozialer Systeme, ihre eigene Stabilität und Kohärenz durch Selbstbezüglichkeit zu sichern, erscheint die Vorstellung, dass plötzlich neue, umfassende kollektive Intelligenzen entstehen, eher utopisch. Die Annahme, dass transformative kollektive Bewusstseinsformen unter diesen Umständen entstehen könnten, kann als typische rhetorische Figur betrachtet werden, die häufig in den abschließenden Überlegungen wissenschaftlicher Werke zu finden ist. Der Zweck dieser Ausführungen ist es, einen optimistischen Ausblick zu bieten oder die Hoffnung auf substanzielle Veränderungen zu nähren. Dies muss jedoch angesichts der dargelegten Argumente und Analysen als überaus optimistisch gelten. Die Intention dieses Buches ist es nicht, unrealistische Erwartungen zu wecken oder sich in Utopien zu verlieren. Der Fokus liegt somit auf der Vermittlung einer kritischen *und zugleich* realistischen Sichtweise auf aktuelle Herausforderungen sowie die Grenzen der Veränderbarkeit sozialer Systeme. Das Ziel besteht in der Förderung eines vertieften Verständnisses für die Komplexität gesellschaftlicher Dynamiken, ohne dabei unrealistischen Zukunftsvisionen zu erliegen. Die Bewältigung der gegenwärtigen Problemlagen erfordert eine paradigmatische Neuausrichtung der bestehenden Schemata, die in hohem Maße mit kulturellen Codierungen und emotionalen Markierungen verflochten sind. Ein grundlegendes Dilemma wird ersichtlich: Die unabdingbare Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung steht im Widerspruch zur tief verwurzelten Neigung, etablierte Strukturen und Werte aufrechtzuerhalten. Es besteht die ernstzunehmende Gefahr, dass die dringende

nötigte Transformation durch die Persistenz herkömmlicher Strukturen und Denkweisen behindert wird, was eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung signifikant erschweren oder gar verhindern könnte.